

ÖKOSTEUERNEWS 11 – JULI 2002

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
	SCHWERPUNKT STEUERBEFREIUNG BIOKRAFTSTOFFE	5
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	11
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL.....	14
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	24
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN.....	26
6.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	32
7.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	33
8.	KURZMELDUNGEN.....	33
9.	SERVICE: JOBS	36
10.	SERVICE: LINKS	36
11.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN	38
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE.....	41

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS!

Die nächste Bundestagswahl rückt näher und wir möchten gerne in der Wahlkampfzeit verstärkt um Verständnis und Akzeptanz der Ökologischen Steuerreform werben. Unter anderem planen wir eine Bannerschaltung im Internet. Einen Vorschlag, wie dieser Banner aussehen könnte, finden Sie hier:

<http://www.foes-ev.de/banner/banner2.gif>

Da sich die Kosten auf mehrere Tausend Euro belaufen werden, die wir in der Jahresplanung nicht budgetiert haben, würden wir uns freuen, wenn Sie diese Aktionen durch Vorschläge und Spenden (Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Kontonummer. 860 3740) unterstützen. Vielen Dank!

Diese Ausgabe der ÖkoSteuerNews hat als Schwerpunkt das Thema der Steuerbefreiung von Biokraftstoffen. Neben einem Artikel unseres Vorstandsmitglieds Bettina Meyer dokumentieren wir eine Presseerklärung des FÖS, einen Beschluss des Umweltausschusses des Bundesrates, sowie den entgeltigen Beschluss des Bundestages. Bei Interesse setzen wir die Debatte in den nächsten Ausgaben fort – Kommentare und eigene Beiträge unserer Mitglieder und Leser sind also herzlich willkommen.

Außerdem berichten wir über den Streit der Parteien um die Erhöhung der Rentenbeiträge, Schröders Ablehnung gegenüber den EU-Plänen zum CO₂-Emissionshandel, die Steuerbefreiung von Biokraftstoffen und vieles mehr.

In unserer Rubrik *ÖSR und Umwelt international* haben wir Ihnen eine Reihe von Artikel zusammengestellt, die zeigen, dass sich noch keine Energiewende in Europa abzeichnet und die EU noch weit von einer einheitlichen Umweltpolitik entfernt ist. Wenn es nach der Inderin Sunita Narain ginge, sollte auch die USA „zur Demokratie gebracht“ werden.

Der Leitartikel des Vorsitzenden erinnert daran, dass die Ökosteuer ganz traditionelle Werte der Konservativen und Liberalen verwirklicht – von Adam Smith bis Ludwig Erhard.

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!
Ihr FÖS-Team

Drei Jahre Ökosteuer, drei Jahre Prinzipienlosigkeit!

Mit der Kritik an der Ökosteuer verraten Konservative und Liberale ihre besten Prinzipien und Traditionen
Von Anselm Görres

Am 1. Januar 2002 zeigte sich die Ökosteuer wieder von ihrer boshaftesten Seite: Treibstoffe wurden um 3,07 Cents (3,56 mit Mehrwertsteuer), Strom je Kilowattstunde um 0,26 Cents (0,30 mit MwSt.) verteuert. (Heizöl und Erdgas wurden nur im ersten Jahr der Ökosteuer höher belastet.) Die am 1. April 1999 eingeführte Ökosteuer hat damit das dritte Kalenderjahr ihrer Geltung abgeschlossen. Die Schlagzeilen waren absehbar. Von „rücksichtsloser Abzockerei“ war die Rede, von „Tanken für die Rente“, von einem „Anschlag auf den Geldbeutel des kleinen Mannes“ und seine harmlosen Autofreuden, von Mobilität, die doch „bezahlbar“ bleiben müsse. Nicht nur Inhalte, auch Urheber dieser Kritik waren vorhersehbar. Neben einigen Wirtschaftsverbänden und den einschlägigen Lobbys – allen voran der ADAC – waren es Wortführer von CDU, CSU und FDP, die auf diese Weise liberalen oder konservativen Werten zu dienen glauben.

Liberale und konservative Werte? Die agilen Neoliberalen und Neokonservativen von heute, ob sie nun Merz oder Merkel heißen, Stoiber oder Westerwelle, sie haben wenig Anlass, sich bei ihrem vordergründigen Kampf gegen die Ökosteuer auf diese Werte zu berufen. Es bedarf vielmehr nackter Prinzipienlosigkeit und eines hemmungslosen Opportunismus, um angesichts der besten Traditionen konservativen und liberalen Denkens gegen die Ökosteuer zu polemisieren. Denn die Ökosteuer vertritt altmodische und einleuchtende liberale und konservative Werte. Es geht ihr um Sparsamkeit – also *Konservierung* - beim Verbrauch kostbarer Ressourcen, um die Kritik falschen Anspruchsdenkens, um die Achtung der Rechte unbeteiligter Dritter bei wirtschaftlichen Transaktionen, um die enge Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung, um Wahrheit und Klarheit marktwirtschaftlicher Preissysteme, um intelligente und effiziente Regulierung und nicht zuletzt um das Verursacherprinzip.

Schotten, Juden und Schwaben sind für ihre **Sparsamkeit** berühmte Völker. Sie brachten viele der Männer hervor, die das moderne ökonomische Denken begründeten. Darunter Schotten wie Adam Smith und John Stuart Mill, Juden wie David Ricardo und Karl Marx, in Deutschland schließlich (das bis heute wenig bekannte Ökonomen hervorbrachte) der Schwabe Friedrich List. Sie alle verband das ökonomische Prinzip, die Suche nach einer möglichst wirtschaftlichen Relation zwischen Aufwand und Ertrag. Zu den Fürpreisern der Tugend der Parsimonia gehörten nicht nur Römer wie Cato und Cicero, Preußen wie Friedrich und Kant oder der Amerikaner Benjamin Franklin, der ausrechnete, welches Vermögen aus einem zu Zeiten Christi zinsbringend angelegten Penny im Lauf der Jahrhunderte entstanden wäre. Auch Bert Brecht war ein Freund der

Sparsamkeit: „Der Denkende benützt kein Licht zuviel, kein Stück Brot zuviel, keinen Gedanken zuviel.“

Der Abscheu vor gedankenloser Verschwendung – sei es von Arbeitskraft, sei es von Energie oder Materie – eint viele große Geister, insbesondere jedoch die Hausphilosophen des liberalen und konservativen Bürgertums. Verschwenderische Großzügigkeit ist ein Privileg der Götter, vielleicht auch der üppigen Natur, nicht aber des schaffenden und strebenden Bürgers. Wenn aber Morgen für Morgen Millionen von Bürgern ihre oft tonnenschweren Autos besteigen, um auf der täglichen Fahrt zur Arbeit und zurück mehrere Liter Benzin zu verbrennen: Was ist das anderes als millionenfache Verschwendung? Denn Aufwand und Ertrag dieser Mobilitätsform stehen in äußerst schlechter Relation.

Doch wo bleibt der Protest der heutigen Ökonomen gegen die weltweite Ressourcenvergeudung, gegen das ebenso kurzfristige wie -sichtige Abfackeln der fossilen Energien, gegen den Raubbau an Wäldern und Urwäldern? Anders als ihre großen Vorgänger übersehen viele zeitgenössische Wirtschaftstheoretiker vor lauter mikroökonomischer Gelehrsamkeit oft makroökonomische und globalökologische Verzerrungen.

Mit dem Lob der Sparsamkeit verbanden sich in der konservativ-liberalen Tradition stets das Fürpreisen der Mäßigung und die **Kritik am Anspruchsdenken**. Keine Lohnrunde vergeht, ohne dass konservative und liberale Leitartikler die verwerfliche Lohngier der Arbeitnehmer mit beredten Worten geißeln. Keine Debatte über Sozialhilfe oder Sozialversicherungssysteme, ohne dass Kritik am übertriebenen Anspruchsdenken der Versicherten laut würde.

Aber Mäßigung und Bescheidenheit sind offenbar nur dort Tugenden, wo Ansprüche der sozial Schwachen im Zaum gehalten werden sollen. Kaum ein Konservativer wagt es noch, die Gier der Konsumenten, die Verschwendungslust der Wohlhabenden, den rücksichtslosen Umgang mit der Natur durch die gesamte Bevölkerung in Frage zu stellen. Anspruchsdenken zulasten der Natur, auf Kosten späterer Generationen, scheint vielen der modernen sogenannten Liberalen und Konservativen allenfalls eine lässliche Sünde. Dabei geht es niemandem um die Rückkehr zu einer überholten Verzichtsethik, sondern um intelligentes Verzichteten, etwa auf sinnlose Übernutzung der Natur.

Ein Grundgedanke des bürgerlichen Rechts und der Vertragsfreiheit ist das **Verbot von Verträgen zu Lasten Dritter**. A und B dürfen im Rahmen der Privatautonomie nahe zu alles. Aber sie dürfen keine Vereinbarung schließen, die C Schaden zufügt. Viele mögen Begriffe wie Vertragsfreiheit und Privatautonomie für abstraktes Juristendeutsch halten. In Wahrheit sind sie konstituierende Kernprinzipien sowohl der Marktwirtschaft wie der Demokratie. Denn der praktische Test demokratischer und marktwirtschaftlicher Freiheit besteht eben darin, dass Verträge zwischen „Consenting Adults“ grundsätzlich frei und gegen staatliche Eingriffe zu verteidigen sind.

Dabei waren sich die – meist konservativ oder liberal geprägten – Vordenker der Privatautonomie stets darin einig, dass diese dort an Grenzen stößt, wo kollektive Güter oder die Rechte unbeteiligter Dritter in unzulässiger Weise berührt werden. Wenn ich an der Tankstelle einen Liter Benzin kaufe, dann ist das, juristisch gesehen, eine Transaktion zwischen dem Tankwart und mir, die mir zugleich das Recht gibt, durch das anschließende Verbrennen des Benzins heutige und zukünftige Generationen sowie die Natur mit Emissionen, Dreck und Lärm zu belasten. Ein Vertrag also, der sich bei Lichte besehen, hart an der Grenze der Sittenwidrigkeit bewegt. Seine sittlichen Mängel werden nur durch zwei Faktoren gemildert. Zum einen durch die Steuer, der die Transaktion unterliegt, und die aus sittlicher Sicht immerhin als partielle Kompensation der verursachten Schäden gelten mag. Zum anderen durch staatliche Auflagen vielerlei Art, die mich in der Freiheit der Benzinverwendung einschränken, etwa in dem sie mein Fahrtempo limitieren, mir bestimmte technische Vorrichtungen im Fahrzeug vorschreiben, das Verschütten des Benzins verbieten usw.

Doch wo ist – etwa beim Einserjuristen Stoiber – die gewiss im Studium gewonnene Erkenntnis geblieben, dass staatliche Einschränkungen der Vertragsfreiheit gerade dort am nötigsten sind, wo sich mächtige Interessen zulasten wehrloser Dritter einigen? Wie geht es zusammen, dass kein intelligenter Konservativer oder Liberaler die Notwendigkeit harter Sanktionen und klarer Regeln bestreiten würde, wenn es um das Prinzip der Steuerpflicht oder der Wehrpflicht geht, dass aber ausgerechnet der Schutz von Umwelt und Natur in das Belieben „freiwilliger Vereinbarungen“ gestellt werden soll? Apropos: Der große Liberale Montesquieu definierte die noch heute gültige Dreiteilung der staatlichen Ordnung in gesetzgebende, ausführende und recht-

sprechende Gewalt. Von einer Delegation staatlicher Aufgaben an Wirtschaftsverbände hielte er wohl wenig – ging es ihm doch gerade um die Überwindung des feudalen Ständestaates. Doch heutige Liberalen wollen die Verteidigung der Umwelt freiwilligen Vereinbarungen zwischen Staat und demokratisch nicht legitimierte Lobbys und Verbänden überlassen.

Dass **Freiheit und Verantwortung** einander bedingen, und dass kollektive Regeln die individuelle Freiheit einschränken müssen, um deren Missbrauch zu verhindern, ist geradezu ein Gemeinplatz gut konservativen und liberalen Denkens. Ein weiterer Grundsatz ist die Verhältnismäßigkeit, die für den Einsatz kollektiver Regeln zu gelten hat. Doch seltsam: Zur Regierungszeit der konservativ-liberalen Koalition, und auch heute noch in den Programmen der bürgerlichen Parteien, dominiert das Ordnungsrecht die Umweltpolitik. Also Politik nach dem Motto „Control and Command“. Wenn aber klar ist, dass marktwirtschaftliche Freiheit allein ökologische Nachhaltigkeit nicht gewährleisten kann, dann sollte man doch diejenige Form des Eingriffs wählen, die die Freiheit des Einzelnen, sei er Unternehmer, Arbeitnehmer oder Konsument, am wenigsten beeinträchtigt. Im Vergleich zu Vorschriften und Verboten ist es aber eindeutig die Ökosteuer, die die Freiheit des Einzelnen am wenigstens tangiert. Wer fossile Energie will, kann sie bekommen, und wird keinerlei Gewissensprüfung unterzogen, wie und wofür er sie verwendet. Er muss nur einen etwas höheren Preis bezahlen. Dabei gestaltet sich das Verhältnis zwischen Verantwortung für kollektive Güter und individueller Freiheit bei der Ökosteuer elegant und effizient im Sinne der unsichtbaren Hand. Die Allgemeinheit übernimmt die Verantwortung für den Schutz allgemeiner Güter, und lastet sie gerade nicht dem Individuum auf, etwa in Form einer moralischen Verpflichtung, die alle belastet, aber nur von wenigen befolgt wird. Der Einzelne kann weiterhin frei wirtschaften und muss nicht bei jeder Handlung auch die gesamtökologischen Folgen mitbedenken, im Sinne eines wandelnden Kantschen Imperativs.

Die Ökosteuer ist somit nichts anderes als fleischgewordener Adam Smith, der stets in der Lage war, ethische Prinzipien und gesunden Menschenverstand zu verbinden. Wer gegen die Ökosteuer eifert, eifert letztlich gegen Adam Smith. Smith verstand als einer der ersten, dass **Klarheit und Wahrheit des Preissystems** nicht nur Folge, sondern auch Vorbedingung funktionierender Märkte sind. Dass falsche Preise zu falschem Verhalten führen, wer müsste das besser wissen als die an Smith geschulten Hohepriester der Marktwirtschaft? Wie oft haben wir nicht gehört und gelernt, etwa aus der berechtigten Kritik konservativer und liberaler Politiker an den Planwirtschaften Osteuropas, dass subventioniertes Brot letztlich den Schweinen verfüttert wird, und dass Schlangen vor den Läden nur künstlich verbilligte Waren signalisieren, die von allen teuer bezahlt werden? Dass Schlangen auf den Straßen vielleicht künstlich verbilligte Mobilität indizieren könnten, dass künstlich verbilligte Mobilität letztlich verschwendete Mobilität bedeutet – auf diesen naheliegenden Schluss kommen die antiökologischen Populisten schon nicht mehr.

Jahre, nein Jahrzehnte lang mussten sich alle, die etwas links von der Mitte argumentierten, den zum Teil berechtigten, oft aber ungerechten und beleidigenden Vorwurf anhören, sie glaubten naiv an einen Free Lunch. Doch bei der Verkehrspolitik sind es heute die selbst ernannten Vertreter modernen Elitedenkens, die Eliten wie Volk gleichermaßen betrügen, indem sie beiden die Illusion eines Free Lunchs vermitteln. Es gibt sie ja nicht, die billige Mobilität, denn ihre indirekten ökologischen und ökonomischen Folgekosten übersteigen längst alles, was die Autofahrer an Mineralölsteuer leisten, um ein Vielfaches. Kein Weg führt vorbei an der gut konservativen, gut liberalen Erkenntnis: Falsche Preise führen zu falschem Verhalten.

In vielen politischen Diskussionen des Landes führen wir immer noch die Debatten der sechziger und siebziger Jahre, die damals unter den Stichworten Plan vs. Markt oder Regulierung versus Deregulierung liefen. Dabei tun die einen so, wider besseres Wissen, als ob sie keinerlei Staatseingriffe wollten, und versuchen die anderen so vorzuführen, als ob diese noch dem allmächtigen Staat des Volksbegrüßungssozialismus anhängen. Die Realität ist anders. Intelligente Konservative und Liberale wissen seit Adam Smith, dass der Markt nicht allein selig macht, sondern der ergänzenden Regulierung bedarf.

Doch die Schaubebatten verhindern die wirklich notwendige Diskussion: Die um **intelligente und effiziente Regulierung**. Oder altmodischer: um **kluge Ordnungspolitik und Rahmensetzung**. Programmatisch haben Konservative und Liberale den marktwirtschaftlichen Charme der Ökosteuer niemals bestritten. Nur: Als sie an der Macht waren, fehlte ihnen der Mut, aus den eigenen Gedanken auch unpopuläre und den Lobbys un-

angenehme Konsequenzen zu ziehen. Seit sie die Macht verloren, ist vielen der Anstand abhanden gekommen, sich zu dem einstmaligen Erkannten auch heute noch zu bekennen. (Ein trauriges Bild, wenn die ehemals ökosteuerfreundliche Umweltministerin im Kampf um die K-Rolle gegen die Umweltsteuer polemisiert.) Andere stellen der real existierenden Ökosteuer scheinheilig eine ideal-abstrakte, natürlich europaweit gleichzeitig kommende und gesetzestechnisch makellose Ökosteuer entgegen, hüten sich aber, dieses herrliche Astralkonzept im Mindesten durch Konkretisierung zu beschmutzen. Bei beiden Gruppen ist die Konsequenz dieselbe, nämlich Ablehnung der bestehenden Ökosteuer.

Am meisten muss einen die Ökosteuerkritik aus konservativ-liberaler Ecke verwundern, wenn man sich klar macht, dass die Ökosteuer im Kern nichts anderes bedeutet, als **die Einführung des Verursacherprinzips in die Umweltpolitik**. *Ein Gentleman steht für die Folgen dessen gerade, was er anrichtet* – so einfach könnte man das Verursacherprinzip in die Alltagssprache übersetzen. Wer das Verursacherprinzip ablehnt, der will Kosten und Konsequenzen seinen Handels auf Andere verlagern, auf unbeteiligte Dritte zumeist. Auf die Allgemeinheit, auf die Nachwelt, nicht zuletzt auf diejenigen, die weniger Auto fahren und Energie verbrauchen als der Durchschnitt. Die Fußgänger subventionieren heute die Autofahrer, weil deren Steuern die Kosten des Autofahrens bei weitem nicht abdecken. Das soll konservativ, das soll liberal sein? Der Moralphilosoph Adam Smith würde sich im Grabe herum drehen.

Intelligente Konservative oder Liberale bestreiten nicht, dass wir so, wie wir heute wirtschaften, nicht dauerhaft weiter machen können. Aber zugleich wird der vergleichsweise harmlose Versuch der Bundesregierung, durch behutsamen Einsatz preislicher Lenkung beim Einsatz fossiler Energien den Kurs des Tankers Deutschland wenigstens um einige Grad zu drehen, auf breiter Front und mit billigsten Mitteln bekämpft. Da wurden notleidende Autofahrer sogar mit Verteilung von 20-DM-Scheinen an Tankstellen beglückt... Es fällt schwer, hierin etwas anderes zu sehen als populistische Prinzipienlosigkeit von Menschen, die es eigentlich besser wissen müssten. Für den Wahlkampf haben wir deswegen einen Wunsch an CDU, CSU und FDP: Bitte steigern Sie das Niveau der Auseinandersetzung, wo es um die Ökosteuer geht. Die Umweltfrage ist zu ernst, die Ökosteuer ein zu bestechender Gedanke, als dass man die Debatte darüber von Benzindampf vernebeln lassen dürfte. Sparsamkeit und Mäßigung von Ansprüchen, verantwortungsvolle Privatautonomie, intelligente Regulierung und Verursacherprinzip sind konservative und liberale Prinzipien, die von der Ökosteuer nicht verletzt, sondern erfüllt und gefördert werden. Wie sagte Goethe: „Ich bitte Gott, dass er mich täglich haushälterischer werden lässt, um desto freigebiger sein zu können.“

SCHWERPUNKT STEUERBEFREIUNG BIOKRAFTSTOFFE

Struktur der Ökosteuern im Verkehrsbereich – zur Frage der Einbeziehung oder Befreiung alternativer Kraftstoffe von der Ökobesteuerung (Bettina Meyer)

Anlass und Hintergrund

Mit Beschluss des Bundestages vom 07.06.2002 und des Bundesrates vom 21.06.2002 gilt in **Deutschland** ab 01.01.2003 bis zum 31.12.2008 eine befristete Steuerbefreiung aller biogenen Kraftstoffe. Bisher war nur Biodiesel von der Mineralölsteuer befreit, mit dem Gesetz wird die Steuerbefreiung explizit auf alle Kraftstoffe aus Biomasse ausgedehnt.

Die Einführung alternativer Antriebsstoffe im Verkehrsbereich wird wirtschaftlich zunehmend interessant, denn das Zusammenwirken der Steuerbefreiung mit dem Anstieg der Kraftstoffpreise durch Rohölpreiserhöhungen und Ökosteuer führt zu einer erheblichen und sich weiter öffnenden Schere zwischen Biokraftstoffen und mineralölbasierten Kraftstoffen.

Im Beratungsverfahren auf **EU-Ebene** ist weiterhin ein Paket von Maßnahmen zur Förderung von Biokraftstoffen, das die EU-Kommission hat am 7.11.2001 beschlossen hat. Es besteht aus drei Komponenten:

- Mitteilung über alternative Kraftstoffe für den Straßenverkehr und ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen

- Richtlinienvorschlag zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen
- Richtlinienvorschlag zur Möglichkeit, einen ermäßigten Mineralölsteuersatz anzuwenden

Bereits im Grünbuch „Energieversorgungssicherheit“ hat die EU-Kommission das Ziel formuliert, bis 2020 im Straßenverkehr 20% der fossilen durch alternative Kraftstoffe zu ersetzen, um die Versorgungssicherheit zu verbessern und die Treibhausgasemissionen zu verringern. Mit dem Maßnahmenpaket der EU-Kommission soll zunächst der Marktanteil von Biokraftstoffen in der EU bis 2009 von derzeit 0,5% auf 2% in 2005 und auf 5,75% im Jahre 2010 verzehnfacht werden. Pro Jahr soll ein Anstieg von 0,75 Prozentpunkten erreicht werden.

Zunächst ist es den Mitgliedstaaten freigestellt, wie sie die angestrebten Anteile von Biokraftstoffen erreichen.

Der eine Richtlinienvorschlag sieht **Mindestanteile von Biokraftstoffen** (= Quotenlösung für den Kraftstoffmarkt) an allen in der EU verkauften Kraftstoffen beginnend im Jahre 2005 von 2 % und dann jährlich um 0,75 % steigend auf 5,75 % ab dem Jahre 2010 vor.

Ab 2009 gilt ein Beimischungszwang mit den o.g. Anteilen bei allen Kraftstoffen.

Der zweite Richtlinienvorschlag setzt einen **Rahmen für Verbrauchssteuersätze** auf biogene Kraft- und Heizstoffe.

- Ab 2005 gilt für Biokraftstoffe ein Mindeststeuersatz von 50% des Mineralölsteuersatzes. Nach Berechnungen der EU-Kommission reicht eine Steuerermäßigung auf 50% aus, um die Mehrkosten der Hersteller von Biokraftstoffen aufzufangen.
- Für Länder, in denen Biokraftstoffe bisher von den Kraftstoffsteuern befreit sind, gilt eine Übergangsregelung bis Ende 2003. Auch danach ist die Steuerbefreiung für reine Biokraftstoffe möglich. Staaten (z.B. Deutschland), die vor dem 01.01.2001 eine vollständige Steuerbefreiung für reine Biokraftstoffe eingeführt hatten, können mit Bezug auf Artikel 8 Absatz 4 der Mineralöl-Richtlinie 92/81/EWG einen Antrag bei der Kommission stellen, eine Genehmigung des Rates (einstimmig) ist erforderlich.

Kürzlich hat der Europäische Rat sich darauf geeinigt, Biokraftstoffe im Zeitraum 2004-2012 komplett von der Steuer auszunehmen, wenn es der jeweilige Mitgliedsstaat wünscht.

Für eine Bewertung des Maßnahmenbündels der EU-Kommission siehe den als Anhang II dokumentierten Beschluss des Umweltausschusses des Bundesrates.

In einer Pressemitteilung hat der FÖS die Steuerbefreiung für alle Biokraftstoffe begrüßt, aber darauf hingewiesen, dass langfristig auch diese Kraftstoffe in die Ökosteuerung im Verkehrsbereich einbezogen werden sollten (siehe die als Anhang I dokumentierte Presseerklärung des FÖS). Um diese – auf den ersten Blick möglicherweise befremdlich anmutende - Position des FÖS näher zu begründen, wird hier ein Leitbild für die langfristige Struktur der Steuersätze im Verkehrsbereich entwickelt:

Leitbild für die langfristige Struktur der Steuersätze im Verkehrsbereich

Die Politik sollte für Forschung und Entwicklung, Pilot- und Demonstrationsvorhaben sowie für die Markteinführung frühzeitig richtige steuerliche Signale und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. In diesem Zusammenhang sollte ein Konzept für die Struktur der Öko-Besteuerung im Verkehrsbereich entwickelt, debattiert und realisiert werden.

Die diversen Anti-Ökosteuer-Kampagnen zeigen, dass eine sachliche Debatte über die angemessene Höhe und Struktur von Ökosteuern im Verkehrsbereich in Deutschland kaum möglich ist. Trotzdem ist diese Debatte erforderlich. Neben der häufig im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden *Höhe* der Steuersätze sollte auch der umweltökonomisch sinnvollen *Struktur* der Ökosteuern mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die zentrale Frage lautet: Welcher Antriebsstoff (z.B. Mineralöl, Erdgas, Strom, Wasserstoff, Pflanzenöltreibstoffe und weitere Biokraftstoffe) sollte langfristig bei welchem Verkehrsträger wie hoch besteuert werden?

Schon der Bund/Länder-Arbeitskreis "steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes" – der sich aus Vertretern aller Umweltressorts von Bund und Ländern zusammensetzt – hat 1993 in einem einvernehmlich abgestimmten Arbeitspapier gefordert: "Die Mindeststeuersätze bei der Mineralölsteuer sollen ei-

nerseits den gesamten verkehrsinduzierten Kosten sowie andererseits auch den unterschiedlichen ökologischen Belastungspotentialen entsprechen."

Diese Linie wird auch hier unterstützt. Als externe Kosten des Verkehrs werden in der Regel die Kostenkategorien "Umweltkosten" (durch Emissionen von Luft-Schadstoffen und Treibhausgasen sowie Lärm und Flächenverbrauch) sowie Infrastrukturkosten unterschieden.¹

Bei den **externen Umweltkosten** des Kraftfahrzeugverkehrs sind zu unterscheiden:

- Externe Kosten durch Schadstoffemissionen (Treibhausgas CO₂ sowie eine Reihe von toxisch wirkenden Luftschadstoffen wie z.B. Schwefel- und Stickoxide, Partikel)
- Externe Kosten durch Inanspruchnahme von Flächen (Versiegelung, Zerschneidungseffekte)
- Externe Kosten durch Lärm

Die externen Umweltkosten sollten im Idealfall über eine emissionsbezogene Steuer angelastet werden. Es ist jedoch technisch schwierig und vor allem hinsichtlich der Erhebungskosten und des Verwaltungsaufwandes unwirtschaftlich, bei jedem Fahrzeug die Emissionen zu messen. Daher sollte als zweitbeste Lösung an den Verbrauch von Antriebsstoffen angeknüpft werden.²

Bei den **Kosten der Verkehrsinfrastruktur** können neben den Kosten des Straßenbaus auch die Kosten für Verkehrspolizei und verkehrsbezogene Rechtsstreitigkeiten berücksichtigt werden.

Entscheidend ist aus Sicht des FÖS, dass zumindest langfristig auch die mit alternativen Kraftstoffen betriebenen Kraftfahrzeuge die Infrastrukturkosten voll tragen sollten, und dass bei der Umweltkostenkomponente zwar eine Ermäßigung, aber keine Befreiung begründet werden kann. Alternative Antriebsstoffe sind nämlich hinsichtlich ihrer Umweltwirkungen zwar in der Regel besser als mineralölbasierte Kraftstoffe, aber keinesfalls neutral. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die Belastungen und externen Kosten durch Lärm, Flächenverbrauch und durch Schadstoffemissionen: Nur einige alternative Antriebskonzepte sind mit Nullemissionen verbunden, hier sind aber die indirekten Emissionen bei der Erzeugung von z.B. Strom oder Wasserstoff zu berücksichtigen. Andere alternative Antriebsstoffe wie Biogas, Pflanzenöle, Erdgas sind auch im Betrieb mit Schadstoffemissionen verbunden.

Eine befristete Steuerbefreiung zur Markteinführung der biogenen Kraftstoffe ist hingegen sinnvoll. Dabei sollte jedoch die Gefahr nicht aus den Augen verloren werden, dass bei einer zu lange oder zu weitgehend gewährten Steuerermäßigung bzw. Steuerbefreiung auch solche alternativen Antriebsstoffe eingeführt werden, die sich bei der langfristig angemessenen Struktur der Ökosteuerung im Verkehr nicht dauerhaft behaupten können. Es besteht also die Gefahr der Fehllenkung knapper Ressourcen. Und es besteht die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Zumal sich die Beseitigung von Steuerausnahmetatbeständen oft als sehr schwierig erweist.

Konkret ist bei Biodiesel zu fragen, wie lange die Steuerbefreiung noch Bestand haben sollte. Biodiesel hat eine lange Phase der Markteinführung schon hinter sich, und er war vor Einführung der ökologischen Steuerreform und Anstieg der Rohölpreise schon knapp preislich wettbewerbsfähig gegenüber dem konventionellen Diesel. Auch der rasante Ausbau von Biodiesel-Raffinerien spricht für die außerordentliche wirtschaftliche Attraktivität des Biodiesel. Aus Sicht des FÖS wäre bei Biodiesel vor diesem Hintergrund in absehbarer

1

Gelegentlich werden zwei weitere externe Kostenkategorien genannt, die jedoch eher von nachrangiger (quantitativer) Bedeutung sind und mit anderen Instrumenten bearbeitet werden sollten :

- Externe Unfallkosten: Nur ein Teil der Unfallkosten wird über die Kraftfahrzeug-Halter-Haftpflicht abgedeckt, ein Teil - z.B. die Behandlungskosten von Unfallopfern - jedoch auf die Krankenkassen abgewälzt.

- Externe Stauungskosten: Hier sind die "Stau-Teilnehmer" gleichzeitig Verursacher und Betroffene. Es stellt sich daher die Frage, ob es sich bei den Stauungskosten überhaupt bzw. zum überwiegenden Teil um externe Kosten handelt. Hinzu kommt, dass die Stauungskosten am ehesten über elektronisch oder manuell erhobene Straßenbenutzungsgebühren an Engpässen internalisiert werden können. Da die Mineralölsteuer ein ungeeignetes Instrument zur Internalisierung der Stauungskosten ist, wird diese Kostenkategorie im vorliegenden Papier ebenfalls nicht weiter behandelt.

2

Gleichzeitig können - entsprechend der gegenwärtigen Praxis - die Emissionen pro Liter Mineralöl (und analog bei alternativen Antriebsstoffen) über die Emissionsnormen für Kraftfahrzeuge geregelt werden. Auf diesem Wege ist sichergestellt, dass die Spanne der Emissionen pro Liter Mineralöl nicht allzu groß ist und die Emissionen mit der Weiterentwicklung der Emissionsminderungstechniken laufend sinken.

Zeit eine Einbeziehung in die Ökobesteuerung im Verkehrsbereich geboten (siehe die als Anhang I dokumentierte Presseerklärung des FÖS).

Eine weitere in der aktuellen Debatte nicht hinreichend thematisierte Frage ist die der geeigneten Instrumente: Eine Reihe von Gründen spricht dafür, dass die im Maßnahmenpaket der EU-Kommission vorgeschlagene Lösung einer Quotenregelung mit Vermischungsgebot einer Steuerbefreiung überlegen sein könnte:

- Bei der Vermischung von erneuerbaren mit fossilen Kraftstoffen kann die bestehende Infrastruktur für die Betankung genutzt werden; es sind keine Investitionen in zusätzliche Betankungsstellen und neue Motoren erforderlich.
- Der administrative Aufwand ist geringer.
- Bei einer Quotenlösung ist der Absatz der Biokraftstoffe bis zu dem Mindestanteil garantiert. Es besteht Planungssicherheit, ohne dass bei stark steigenden Ölpreisen Mitnahmeeffekte und bei stark sinkenden Ölpreisen Verluste entstehen. Die Abhängigkeit der Wirtschaftlichkeit von Biokraftstoffen von den Schwankungen der Ölpreise entfällt.
- Bei einer Quotenlösung entstehen keine Steuermindereinnahmen, weil keine Steuerbefreiung erforderlich ist; das Aufkommenspotenzial zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge – oder zur Förderung von Investitionen in Verkehrs- und Energiewende – ist höher.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die in Deutschland umgesetzte Steuerbefreiung für Biokraftstoffe zwar ein kurzfristig sinnvoller Schritt ist, dass aber die Frage der Zeitdauer und des Umfangs der Steuerermäßigungen, insbesondere für Biodiesel, wie auch die Frage des besser geeigneten Instruments – Quote oder Steuerermäßigung - weiter auf der Tagesordnung stehen sollte (Bettina Meyer, Vorstandsmitglied des FÖS).

Anhang I: Pressemitteilung des FÖS (Mai 2002)

FÖS: Bei neuen Biokraftstoffen Steuerbefreiung einführen, bei Biodiesel schrittweise abschmelzen!

Anlässlich der Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 15.05.2002 fordert der Förderverein Ökologische Steuerreform differenzierte Lösungen

Konkret schlägt der FÖS folgende Steuerausgestaltungen vor:

Neue (aus erneuerbaren Energien hergestellte) Biokraftstoffe wie Biogas, Sunfuels, Ethanol, Methanol sind von der Mineralölsteuer zu befreien – vollständig jedoch nur in der ersten Phase ihrer Markteinführung (ähnlich, wie seit 1993 bei Biodiesel).

Mittelfristig sind auch Biokraftstoffe mit der vollen Wegekosten-Steuerkomponente zu belasten, langfristig auch mit einer ihrer relativen Umweltbelastung entsprechenden Umweltkosten-Steuerkomponente. Insbesondere aus der niedrigeren Umweltkosten-Steuerkomponente ergäbe sich auch so für Biokraftstoffe ein dauerhafter Steuervorteil.

Beim Biodiesel, dem derzeit mit Abstand am weitesten verbreiteten Biokraftstoff, kann die Phase der Markteinführung als abgeschlossen gelten. Ein Fortbestand der vollen Steuerbefreiung würde zu Mitnahmeeffekten führen. Die heutige, komplette Steuerbefreiung (derzeit 0,63 Euro pro Liter) sollte daher schrittweise zurückgeführt werden, dabei sollte der Steuervorteil auf einem Niveau gehalten werden, dass, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Diesel erhalten bleibt. Bereits vor Einführung der Ökosteur – also bei einem Steuervorteil von nur 0,50 Cents – war Biodiesel knapp wettbewerbsfähig.

In umweltsensiblen Bereichen, z.B. in der Binnenschifffahrt, in der Land- und Forstwirtschaft sowie in Natur- und Wasserschutzgebieten kommen der Umweltvorteil einer geringen Wassergefährdungsklasse biogener Kraftstoffe besonders ausgeprägt zu Geltung. Hier ist eine dauerhafte Steuerbefreiung biogener Kraftstoffe sinnvoll. Dies gilt auch für Biodiesel.

In der Finanzpolitik ist bei der Mineralölsteuerdebatte zwischen Wegekosten- und Umweltlastenbeitrag stärker zu differenzieren.

Mineralölsteuern gibt es weltweit schon seit Jahrzehnten – mithin viel länger als ökologisch motivierte Len-

kungssteuern. Der Grund ist einleuchtend: Über Mineralölsteuern tragen Kraftfahrer Wegekosten des Verkehrssystems Straße – zumindest teilweise. Diese Wege- oder Infrastrukturkosten gehen weit über die bloßen Kosten des Straßenbaus hinaus. Nach dem Verursacherprinzip sind auch Kosten der Straßenflächen, des Straßenunterhaltes, der Verkehrsüberwachung durch Polizei und Behörden sowie gesellschaftliche Folgekosten von Verkehrsunfällen hinzurechnen. Erst seit wenigen Jahren ist die Abdeckung der vom Verkehr verursachten Umweltkosten als zweites Motiv der Mineralölbesteuerung hinzugekommen. Die Unterscheidung zwischen Wege- und Umweltkosten des Straßenverkehrs ist wichtig, weil Wegekosten von allen Fahrzeugen verursacht werden, während die Umweltkosten hauptsächlich von der Energie- und Antriebsart des Fahrzeugs abhängen. Auch ein umweltschonendes Biofahrzeug verursacht Wegekosten! Vor diesem Hintergrund stellt jede völlige Befreiung von der Mineralölsteuer eine erhebliche Subvention dar, die nur als befristete Starthilfe Berechtigung hat.

Mittelfristig ist im Verkehrsbereich eine Struktur der Ökosteuern anzustreben, bei der die Steuersätze die jeweiligen externen Kosten der Antriebsstoffe bzw. Verkehrsmittel widerspiegeln. Ökosteuersätze im Verkehr sollten daher aus zwei Komponenten bestehen: Einer Komponente für die Infrastrukturkosten und einer Komponente für die Umweltkosten. Zu den Infrastrukturkosten sollten alle Kraftfahrzeuge – unabhängig vom Antriebsstoff – beitragen. Bei den Umweltkosten sind demgegenüber Differenzierungen nach der Art des Kraftstoffs sinnvoll.

Anhang II: Beschluss des Umweltausschusses des Bundesrates (April 2002)

Vorbemerkung: Im April 2002 hat der Umweltausschuss des Bundesrates auf Antrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein den im folgenden dokumentierten Beschluss gefasst. Im Plenum des Bundesrates haben allerdings nicht alle Punkte eine Mehrheit gefunden. Der FÖS dokumentiert den im Umweltausschuss beschlossenen Antrag, weil dieser die aus Umweltsicht relevanten Aspekte beschreibt.

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über alternative Kraftstoffe für den Straßenverkehr und ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/81/EWG bezüglich der Möglichkeit, auf bestimmte Biokraftstoffe und Biokraftstoffe enthaltende Mineralöle einen ermäßigten Verbrauchsteuersatz anzuwenden

BR-Drs. 45/02 / KOM(2001)574 end.

1. Der Bundesrat begrüßt das Ziel der Europäischen Kommission, den Einsatz von Biokraftstoffen zu steigern. Neben Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsmittel sowie Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs sind Biokraftstoffe ein Beitrag zum Klimaschutz im Verkehrssektor. Das vorliegende Aktionsprogramm und die Richtlinien-Entwürfe tragen sowohl den Erfordernissen des Klimaschutzes als auch der Ressourcenschonung und damit letztendlich dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung. Sie zielen auf eine Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl und die stärkere Marktdurchdringung des Kraftstoffmarktes mit Biokraftstoffen. Mit den Mengenvorgaben der Europäischen Kommission für die Verwendung biogener Treibstoffe wird ein wichtiges politisches Signal gesetzt.
2. Biokraftstoffe schneiden in einer ökologischen Gesamtbewertung hinsichtlich einiger Umweltkriterien besser, hinsichtlich anderer Kriterien aber vergleichbar oder schlechter ab als fossile Kraftstoffe: Soweit Klimaschutz in einer Abwägung der Kriterien einen hohen Stellenwert einnimmt, fällt die Gesamtbewertung entsprechend positiv aus.
 - Biokraftstoffe weisen einen klaren Vorteil hinsichtlich der Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf. Allerdings hängt der Vorteil von der Art des Biokraftstoffs ab. Hier spielt neben dem Energieertrag pro Hektar und dem Energieaufwand von Anpflanzung, Ernte und Transport insbesondere der

Energieaufwand zur Weiterverarbeitung (z.B. Veresterung zu Biodiesel) eine wichtige Rolle. Aufgrund des relativ hohen Energieaufwands der Prozesskette von Herstellung, Weiterverarbeitung und Transport von bis zu 40 Prozent des Brutto-Energieertrags sind Biokraftstoffe nur im Ausmaß des Nettoenergieertrags klimaneutral.

- Auch mit Biokraftstoffen betriebene Kraftfahrzeuge verursachen Emissionen von Luftschadstoffen.
- Gegen die Vorteile für den Klimaschutz abzuwägen sind weiterhin die Belastungen insbesondere des intensiven Anbaus von Energiepflanzen für den Boden-, Wasser- und Naturhaushalt und den Artenschutz. Bei intensivem Anbau fallen die den Treibhauseffekt mitverursachenden Lachgasemissionen negativ ins Gewicht.
- Hinsichtlich der Lärmemissionen weisen mit Biokraftstoffen betriebene Kraftfahrzeuge keinen Vorteil auf.

Zur Gesamtbewertung von Biokraftstoffen aus Umweltsicht existieren einige Studien, die aber zu unterschiedlichen Bewertungsergebnissen kommen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich gegenüber der Kommission dafür einzusetzen, dass die Frage der ökologischen und ökonomischen Gesamtbewertung von Biokraftstoffen thematisiert und bei den strategischen Überlegungen berücksichtigt wird.

3. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass der Anbau von Energiepflanzen nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Extensivierung und Ökologisierung der Landwirtschaft stehen darf und dass der Aspekt der Flächenkonkurrenz – auch zu Flächenansprüchen z.B. des Naturschutzes und der Neuwaldbildung – stärker berücksichtigt werden sollte.
4. Der Bundesrat befürchtet bei einer starken Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen, dass aufgrund der dadurch generierten weltweiten Nachfrage die Anbaufläche für Energiepflanzen weltweit zu Lasten der Anbaufläche für Nahrungs- und Futtermittel ausgeweitet wird, was angesichts der nach wie vor ungesicherten Welternährung und der deutlich ansteigenden Weltbevölkerung problematisch ist, bzw. dass ein zusätzlicher Druck zur Nutzung marginaler, ökologisch sensibler Flächen (z.B. Tropischer Regenwald) entsteht.
5. Aufgrund der vorstehend aufgeführten Aspekte ist der Bundesrat der Auffassung, dass die Förderung des Einsatzes von Biokraftstoffen mit Augenmaß erfolgen sollte. Bis 2005 hält der Bundesrat statt der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Vervierfachung eine Verdoppelung auf EU-weit 1 % Mindestanteil verkaufter Biokraftstoffe an allen verkauften Otto- und Dieselmotorkraftstoffen für erreichbar. Die längerfristigen Mengenziele (ab 2005) sollten im Rahmen der von der EU-Kommission geplanten Evaluation und mit Blick auf die weiteren Entwicklungen der EU-Beitrittsländer festgelegt werden.
6. Der Bundesrat weist weiterhin darauf hin, dass im Sinne einer ganzheitlichen Öko-Bilanzierung der Einsatz von reinen Biokraftstoffen in umweltsensiblen Bereichen (z.B. in der Schifffahrt, in Wasser- und Naturschutzgebieten, im Hochgebirge sowie in Bergbau, Land- und Forstwirtschaft) Priorität haben sollte, weil dort ihre Vorteile - bessere biologische Abbaubarkeit und geringere Wassergefährdungsklasse – stärker zur Geltung kommen. Überall dort, wo durch Unfälle und Leckagen das Risiko des Eintrags der Kraftstoffe in Böden oder Gewässer besteht, sollten reine Biokraftstoffe eingesetzt werden.
7. Die Rahmenbedingungen sollten so gestaltet werden, dass Biokraftstoffe vorrangig in umweltsensiblen Bereichen verwendet werden. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, ein Konzept für geeignete wirtschaftliche Anreize zur vorrangigen Verwendung der Reinkraftstoffe auf Pflanzenölbasis in umweltsensiblen Bereichen zu entwickeln. Im Aktionsprogramm und den Richtlinien-Entwürfen der EU-Kommission sollte die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten geschaffen werden, in umweltsensiblen Bereichen reine Biokraftstoffe einzusetzen und dafür über die Option einer vollen Steuerbefreiung zu verfügen.

8. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass in die Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen auch reines Pflanzenöl als Biokraftstoff aufgenommen und im Anhang entsprechend definiert wird.
9. Während in umweltsensiblen Bereichen reine Biokraftstoffe eingesetzt werden sollten, unterstützt der Bundesrat für den Einsatz im Straßenverkehr die Strategie der Vermischung von Bio- mit konventionellen Kraftstoffen und die Förderung über eine Quotenlösung.
 - Bei der Vermischung von erneuerbaren mit fossilen Kraftstoffen kann die bestehende Infrastruktur für die Betankung genutzt werden; es sind keine Investitionen in zusätzliche Betankungsstellen und neue Motoren erforderlich.
 - Der administrative Aufwand ist geringer.
 - Bei einer Quotenlösung ist der Absatz der Biokraftstoffe bis zu dem Mindestanteil garantiert. Es besteht Planungssicherheit, ohne dass bei stark steigenden Ölpreisen Mitnahmeeffekte und bei stark sinkenden Ölpreisen Verluste entstehen. Die Abhängigkeit der Wirtschaftlichkeit von Biokraftstoffen von den Schwankungen der Ölpreise entfällt.
10. In Artikel 3, Anhang Teil B der Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen sollte der Zeitpunkt für eine Mindestbeimischung von Biokraftstoffen von 2009 auf 2005 vorgezogen werden.
11. Grundsätzlich und langfristig sollten Infrastruktur- und externe Kosten auch bei den mit Biokraftstoffen betriebenen Kraftfahrzeugen internalisiert werden. Der Bundesrat hält jedoch zur Markteinführung Steuerermäßigungen in dem Umfang für sinnvoll und gerechtfertigt, wie sie für die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Markteinführung erforderlich sind.
12. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich bei den weiteren Verhandlungen mit der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich eine gesetzlich verbindliche Normierung der Biokraftstoffe erfolgt, um für Verbraucher und Automobilindustrie eine garantierte Kraftstoffqualität sicherzustellen.
13. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich in den weiteren Verhandlungen mit der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass nicht ausschließlich Kraftstoffe auf Pflanzenölbasis von der Quotenlösung profitieren, sondern dass aufgrund der ökologischen Vielfalt auch gasförmige Bioenergieträger oder aus Biomasse erzeugte flüssige Kraftstoffe (sog. Sunfuel) in den Anhang A des Richtlinienentwurfes aufgenommen werden. Die Weiterentwicklung von Biogasanlagen und Verfahren zur thermochemischen Vergasung von Biomasse und die Umwandlung der Vergasungsprodukte in synthetische Kraftstoffe sollten hierbei berücksichtigt werden.

Anhang III: Beschluss des Deutschen Bundestages (07.06.2002)

Unter dem Link finden Sie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, die dann auch am 7.6. vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist. Dort ist auch dokumentiert, dass die FDP sich als einzige Partei GEGEN Steuersenkungen ausgesprochen hat...

Weitere Artikel zum Thema:

Schub für die Energiewende: Steuerbefreiung von Biokraftstoffen (*ÖSR-Diskussion in Deutschland*)

EU: Steuerbefreiung für Biokraftstoffe (*ÖSR und Umwelt international*)

2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Klaus Töpfer spricht sich für Verbesserung des Ökosteuer-Modells aus

„Ein ökologisches Lenkungsinstrument wie die Ökosteuer in Deutschland ersatzlos abzuschaffen, lehne ich ab. Doch statt die Einnahmen daraus in die Rentenversicherung zu stecken, sollten wir uns wieder auf die eigentlichen Ziele der Ökosteuer zurückbesinnen.“, so Klaus Töpfer (Homepage Handelsblatt, Mittwoch, 12.

Juni 2002). Die komplette Stellungnahme zur Ökosteuer finden sie unter:

<http://www.handelsblatt.com/hbiwwangebot/fn/reihbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,203813,537817/SH/0/depot/0/index.html>

Schröder lehnt EU-Pläne zu CO₂-Emissionshandel ab

Die Bundesregierung lehnt die Pläne der EU zu einem globalen Handel mit umweltschädlichen CO₂-Emissionen ab. Der Richtlinienvorschlag der Kommission berücksichtige nicht die Vorleistungen Deutschlands beim Klimaschutz, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am Mittwoch in Berlin auf der Mitgliederversammlung des Mineralölwirtschaftsverbandes. Er erwarte, dass die Ausgangsposition Deutschlands durch die bereits erfolgte Reduktion der CO₂-Emissionen anders beurteilt werde. Schließlich habe die Bundesrepublik zu 75 Prozent zum Erreichen des Klimaschutzziels in Europa beigetragen.

Der internationale Emissionshandel gilt als ein Instrument zum Klimaschutz. Danach sollen Unternehmen, Branchen oder Staaten begrenzte Emissionsrechte zugeteilt bekommen. Dies kommt praktisch einer Lizenz zum Ausstoß einer bestimmten Menge an Treibhausgasen gleich. Der jeweilige Akteur entscheidet dann selbst, ob er Investitionen zum Einsparen tätigt, oder ob es günstiger ist, CO₂-Lizenzen hinzuzukaufen.

Schröder zufolge sei es nicht hinnehmbar, dass Länder, die sich nicht den Klimaschutzzielen von Kyoto angeschlossen haben, auch noch bevorteilt würden (Homepage der Frankfurter Rundschau <http://www.frankfurter-rundschau.de>, 12.06.2002).

Streit um die Erhöhung der Rentenbeiträge in Zeiten des Wahlkampfes

Sowohl SPD, als auch Union und FDP sprechen sich gegen eine Anhebung des Rentenbeitragsatzes aus. Doch ob dies gewährleistet werden kann bleibt fraglich. Selbst die SPD sieht in ihrem Haushaltsentwurf 2003 eine Erhöhung des Rentenbeitragsatzes vor, falls die Konjunktur weiterhin schleppend verläuft. Auch die Union und die FDP könnten ihre Versprechungen im Falle eines Wahlsieges nicht einhalten, da mit dem Einfrieren der Ökosteuer ein Loch von mehreren Milliarden Euro in der Rentenkasse auftauchen würde (Homepage Berliner Zeitung, 19.06.2002).

Lesen Sie mehr:

http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2002/0619/politik/0012/index.html

Schub für die Energiewende: Steuerbefreiung von Biokraftstoffen

Mit breiter Mehrheit – auch der CDU/CSU, die von der Bauernlobby eingefangen wurde – wurde die Freistellung aller Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer im Rahmen der ÖSR beschlossen. Einzig die Partei, die sonst (fast nur) für Steuersenkungen kämpft, die FDP, sprach sich gegen diese Steuersenkung aus. Ausnahmsweise überwog hier die Furcht vor Steuerausfällen [A.d.R].

Zu den energiepolitischen Beschlüssen der Ausschüsse des Deutschen Bundestages erklären die finanzpolitische Sprecherin Christine Scheel, die energiepolitische Sprecherin Michaele Hustedt und der forschungspolitische Sprecher Hans-Josef Fell: Die Beschlüsse vom 05.06.2002 der Ausschüsse für Finanzen, Umwelt und Wirtschaft sind ein weiterer Meilenstein auf dem Weg ins Solarzeitalter .

Der federführende Finanzausschuss hat mit der Stimmen der rot-grünen Koalition beschlossen, alle Biokraftstoffe zukünftig von der Mineralölsteuer zu befreien. Am 07.06.2002 wird die Mineralölsteuernovelle vom Bundestag verabschiedet. Mit der neuen Regelung wird die bisherige Steuerbefreiung von Pflanzenölen (z.B. Biodiesel) auf alle biologischen Treibstoffe ausgedehnt. Dies betrifft u.a. Biogas sowie synthetisches Benzin und Diesel aus fester Biomasse, Bioethanol, Biomethanol und Wasserstoff aus Biomasse.

Die vielfältigen Vorteile der Biokraftstoffe spiegeln sich in einem breiten Rückhalt für das Gesetz wider. Unterstützung gibt es von Naturschutzorganisationen, der Wissenschaft, der Automobilindustrie und vom Bauernverband. Auf Ablehnung stößt das Gesetz lediglich beim Mineralölwirtschaftsverband, der die Interessen der Öl- und Gaswirtschaft vertritt. Die Vorteile der Biokraftstoffe liegen darin, dass der Ausstoß von Klimagasen deutlich gesenkt werden kann, die Abhängigkeit vom Erdöl als Kraftstoff verringert wird, die Potenziale für Biokraftstoffe auch im biologischen Anbau sehr hoch sind, der Naturschutz profitiert, indem z.B. die durch Landschaftspflegemaßnahmen anfallende Biomasse einer ökonomischen Verwertung zugeführt werden kann, die Landwirte neue Einkommensmöglichkeiten erschließen können, aufgrund der Steuer-

befreiung neue Technologien entwickelt werden, die zukünftig auch exportiert werden können. Der federführende Finanzausschuss hat zudem weitere energiepolitische Weichenstellungen beschlossen: Es wurde eine zeitlich befristete Anschlussförderung für Investitionen für Gaskraftwerke (GuD) geschaffen. Hocheffiziente GuD-Anlagen werden von der Brennstoffsteuer befreit. Damit ist der Weg frei für den Bau mehrerer hocheffizienter Gaskraftwerke. Im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) wird der Deckel für Photovoltaik von 350 Megawatt auf 1000 Megawatt angehoben. Dadurch geben wir dieser jungen Branche eine Chance zur Industrialisierung. Der Weg für weitere Investitionen in die industrielle Produktion ist nun frei (ECO-News vom 11.06.2002).

Bundesumweltminister Trittin fordert mehr Erdgasautos – Erdgas wegen der Ökoststeuer günstiger

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die deutschen Automobilhersteller aufgerufen, ihr Angebot erdgasbetriebener Kraftfahrzeuge zügig zu erweitern. "Das Erdgasauto muss raus aus der Nische. Wenn dies nicht rasch gelingt, drohen die deutschen Hersteller wie schon beim Dieselrußfilter bei einer weiteren Innovation für die Umwelt gegenüber ausländischen Anbietern ins Hintertreffen zu geraten", sagte Trittin bei einem Besuch der Adam Opel AG in Rüsselsheim. Der Bundesumweltminister sagte, neben dem Ausbau der Tankstelleninfrastruktur sei das Angebot wirtschaftlich zu betreibender und marktfähiger Fahrzeuge einer der entscheidenden Schritte, das Erdgasfahrzeug aus seiner Nische heraus zu holen. "Ich erwarte eine bewusste Reaktion der Autohersteller auf die Vorleistungen von Mineralölindustrie und Gasversorgungsunternehmen", betonte Trittin.

Die von 19 deutschen Gasgesellschaften gegründete Tankstellengesellschaft "erdgas mobil GmbH" will zusammen mit lokalen Energiedienstleistern und einer Reihe interessierter Mineralölgesellschaften als Vorleistung bis 2006 eine flächendeckende Tankstelleninfrastruktur in Deutschland aufbauen und dafür etwa 250 Millionen Euro investieren. Für die Verbraucher rechnet sich ein Erdgasauto bereits heute. Mit der ökologischen Steuerreform ist festgeschrieben, dass für Erdgas als Kraftstoff bis Ende 2009 nur rund 20 Prozent der üblichen Mineralölsteuer erhoben werde. Es kann also wesentlich günstiger angeboten werden als Diesel und Benzin. "Die momentan teilweise noch höheren Anschaffungskosten amortisieren sich schnell, und das auch ohne staatliche Fördermittel", so der Bundesumweltminister. Die anspruchsvollen EU-Luftqualitätsziele bis 2005 insbesondere im Bereich Dieselrußpartikel in Ballungsgebieten werden darüber hinaus eine starke Nachfrage nach emissionsarmen und zugleich wirtschaftlich zu betreibenden Fahrzeugen wie Erdgasautos auslösen. "Ohne die weitere Entwicklung der Fahrzeugtechnik und den Einsatz von Dieselrußfiltern sowie von umweltfreundlichen Erdgasautos werden die europäischen Luftqualitätsziele in dicht besiedelten Regionen kaum einzuhalten sein. Weitere Zurückhaltung der Autoindustrie bei innovativen Techniken bringt daher nicht nur Wettbewerbsnachteile für sie selbst, sondern gefährdet möglicherweise Mobilität dort, wo sie am meisten gefragt ist", sagte Trittin (BMU Pressedienst Nr. 145/02).

Konferenz von BMU und BDI zu nachhaltigem Wirtschaften eröffnet

Für eine umfassende ökologische Finanzreform hat sich Bundesumweltminister Jürgen Trittin ausgesprochen. "Wir dürfen Bedürfnisse von heute nicht auf Kosten nachfolgender Generationen befriedigen. Es ist mittlerweile kaum noch umstritten, dass Produktion und Konsum auch mit den Kosten belastet werden müssen, die in den Marktpreisen nicht enthalten sind", sagte der Bundesumweltminister zur Eröffnung einer zweitägigen Konferenz über nachhaltiges Wirtschaften in Berlin. Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und des Bundesverbands der Deutsche Industrie, BDI, diskutierten am 15./16. Mai Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über den möglichen Beitrag von Unternehmen für eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung.

Eine grundlegende ökologische Finanzreform müsse aber auch weitergehende finanzielle Anreize für umweltfreundliches Produzieren und Konsumieren schaffen, sagte Trittin. "Es geht auch um den Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen, von denen es eine Fülle im deutschen Steuer- und Finanzsystem gibt, nicht nur bei der Steinkohle und in der Landwirtschaft." Große Chancen sind aus Sicht des Bundesumweltministers mit einer Umgestaltung der Bauförderung verbunden. Gegenwärtig wird etwa mit der Eigenheimzulage der Erwerb von Neubauten doppelt so hoch gefördert, wie der Erwerb von Altbauten. Auf diese Weise werden die flächenintensivsten Bebauungsformen der Ein- und Zweifamilienhäuser gegenüber der Wie-

dernutzung des Gebäudebestandes erheblich bevorzugt. "Wir sollten die Verlagerung von Arbeiten und Wohnen auf die grüne Wiese nicht auch noch mit staatlichen Mitteln zusätzlich fördern", sagte Trittin. Angesichts der Globalisierung sei ein globaler ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen nötig, der negative Wirkungen vermeidet oder zumindest abmildert. "Wir brauchen jedoch Unternehmen und Unternehmer, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen und sich zu nachhaltigen Handeln bekennen. Ich setze auch darauf, dass der von uns initiierte Dialogprozess für mehr Umweltschutz bei Auslandsdirektinvestitionen in Kürze abgeschlossen wird und viele deutsche Unternehmen sich zu den vereinbarten Grundsätzen bekennen werden. Wir wollen dies gemeinsam als wichtigen deutschen Beitrag mit nach Johannesburg nehmen", sagte Trittin (Pressemitteilung des BMU Nr. 114/02, 15. Mai 2002).

3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

OECD stützt Forderung nach Ökologischer Finanzreform

Auf einer gemeinsamen internationalen Konferenz der Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) am 27. Juni in Berlin zeigte Bundesumweltminister Jürgen Trittin konkrete Vorhaben einer Ökologischen Finanzreform (ÖFR) für Deutschland auf. Außerdem standen die zwei Hauptthemnisse einer stärkeren Umsetzung einer ÖFR im Vordergrund – nämlich Wettbewerbs- und Verteilungsaspekte. Zum Gelingen der Konferenz trugen annähernd 100 Experten aus 21 Staaten bei. Sowohl Erfolge als auch Fehlschläge wurden analysiert.

Trittin betonte in seiner Eröffnungsrede, dass sich die OECD-Staaten – gerade angesichts des bevorstehenden Weltgipfels für zukunftsfähige Entwicklung in Johannesburg – grundlegend wandeln müssten. Hierzu sei die ÖFR das A und O.

Von besonderem Interesse waren die Beiträge und Diskussionen zur Wettbewerbsfähigkeit. Zwar positionierte sich die deutsche Industrie mit fundamentalistischer Ablehnung der Ökosteuern nicht gerade neu. Und selbst für einen Abbau von Steinkohlesubventionen ist von ihr keine Allianz zu erwarten, weil hier offenbar auch die entsprechenden Interessen organisiert sind.

Schließlich zeigte das britische Beispiel aber sehr eindrucksvoll, dass das Argument der Wettbewerbsfähigkeit auch gänzlich anders gesehen werden kann. Dort wurde im Jahr 2001 eine Steuer allein auf den industriellen Energieverbrauch eingeführt. Ziel ist es, der Industrie gezielt Anreize für forcierte Innovationen zu geben, um die Emission von Treibhausgasen zu senken. Im Gegensatz zur deutschen Industrie, die allein in diesem Jahr eine Ökosteuerermäßigung und damit Subventionierung von knapp vier Milliarden Euro genießt, hat die britische Industrie eine Nettobelastung zu tragen. Dabei werden jedoch energieintensive Unternehmen weniger als wenig energieintensive belastet. Nach Aussagen des Vertreters des britischen Schatzministeriums haben Unternehmen wegen der Klimaschutzabgabe weder ihre Produktion eingestellt noch sind sie ins Ausland abgewandert – obwohl vor der Einführung genau dasselbe Wehklagen wie von der deutschen auch von der britischen Industrie zu hören war.

Folglich wäre für die allermeisten Unternehmen eine Ökosteuer vertretbar, wenn die Politik den Mut hätte, dies durchzusetzen. Gleichwohl sollte aus Wettbewerbsgründen eine internationale Harmonisierung stattfinden. Um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, ist es dagegen primär eine Frage des internationalen Informationsaustausches, aber der national individuellen Umsetzung von Maßnahmen. Denn letztlich bedarf es hier einer auf die landesspezifischen Umstände abgestimmte Vorgehensweise (Kai Schlegelmilch, Stellvertretender Vorsitzender FÖS).

Weitere Informationen sowie sämtliche Papiere der Konferenz und Präsentationen unter <http://www1.oecd.org/env/fiscalreformconference/>

Die Rede von Bundesumweltminister Jürgen Trittin ist unter <http://www.bmu.de> „Reden“ auf Deutsch und Englisch erhältlich.

Dieser Artikel erscheint auch in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift Politische Ökologie Nr. 77/78 „Kassensturz. Lenken mit einer Ökologischen Finanzreform“, <http://www.oekom.de>.

Gehemmte Harmonie – zehn Jahre und kein bisschen Fortschritt? Perspektiven einer Ökologischen Steuerreform auf EU-Ebene

Selbst wenn eine fast unendliche Geschichte dank der Wende Spaniens noch in einem politischen Kompromiss Ende 2002 enden sollte, ökologisch bliebe er auf sehr niedrigem Niveau. Neben den Lobbyinteressen ist die erforderliche Einstimmigkeit das entscheidende Hemmnis. Es lohnt sich folglich, die institutionellen Rahmenbedingungen zu verändern.

Die Debatte über die Ökologische Steuerreform wird – vor allem in Wissenschaftskreisen – beherrscht von den potenziellen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Neben einer möglichen, sachlich aber kaum zu rechtfertigenden, gänzlichen Ausnahme der Wirtschaft von den Energiesteuern, steht daher die Forderung nach einer stärkeren Koordinierung mit anderen Staaten im Vordergrund. So liegt seit 1992, also seit genau zehn Jahren, ein Vorschlag zur Einführung einer CO₂-/Energiesteuer auf EU-Ebene vor, die zusätzlich zur jeweils existierenden Energiebesteuerung auf nationaler Ebene erhoben wird. Es sollte ein Glanzstück der EU-Politik im Vorfeld des ersten Weltumweltgipfels in Rio de Janeiro 1992 werden. Doch nachdem 1995 einige geringfügige Modifikationen des Vorschlags auch nicht zu einer Einigung führten, wurde dieser auf dem Europäischen Rat im belgischen Laeken Ende 2001 offiziell zurückgezogen. Immerhin war es 1992 – unmittelbar vor Einführung des Binnenmarktes – gelungen, sich auf Mindeststeuersätze für Mineralölprodukte (Benzin, Diesel, Heizöl) zu einigen, die seitdem in Kraft sind. 1997 legte die Kommission auf der Basis dieses Ansatzes einen Vorschlag zur Ausweitung der Mindeststeuersätze auf Erdgas, Strom und Kohle beziehungsweise feste Brennstoffe und zudem zur stufenweisen Anhebung (1998/2000/2002) derselben vor. Er berücksichtigte dabei die bereits auf nationaler Ebene vorhandenen Energiesteuern und ist damit deutlich weniger ambitioniert als der Vorschlag von 1992/95. Doch auch nach fast fünf Jahren Debatte konnte unter der belgischen EU-Ratspräsidentschaft Ende 2001 in einer längeren Diskussion der Finanzminister auf dem Ratstreffen der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) im Dezember 2001 keine Einigung darüber erzielt werden. Immerhin ersuchte der Europäische Rat in Barcelona den ECOFIN-Rat im März 2002, parallel zu der Einigung über die Öffnung der Energiemärkte, bis Dezember 2002 ein Einvernehmen über die Annahme der Energiebesteuerungsrichtlinie zu erzielen. Dabei sei den Bedürfnissen der Güterkraftverkehrsbranche Rechnung zu tragen (1). Gekoppelt an diese neue Bedingung wird eine Einigung noch schwieriger werden.

Aber zumindest tat die spanische – nach den bereits intensiven Bemühungen der schwedischen und belgischen – Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2002, was sie kann. Spanien, bis Ende 2001, das „Enfant terrible“ im Hinblick auf eine Harmonisierung der Energiebesteuerung, hat mit einem Vorschlag zur Einführung geringfügiger Erhöhungen der bereits bestehenden Mindeststeuersätze auf Mineralöle eine 180°-Grad-Wende hingelegt und forciert seitdem das Thema – ironischerweise stößt die Präsidentschaft damit genau auf jene Probleme, auf die andere jahrelang bei Spanien gestoßen sind. Die Chancen auf eine gewisse Mindestharmonisierung auf EU-Ebene sind gleichwohl gestiegen. Man muss aber realistisch bleiben: Eine Einigung wäre ein wichtiger politischer Erfolg, ökologisch hätte er aber nur kleine Veränderungen zur Folge, insbesondere in Luxemburg und den Kohäsionsstaaten. Deutschland müsste wohl kaum Steuern erhöhen, allein bei der Kohle für Heizzwecke wäre ein kleiner Schritt notwendig.

Institutionelle Restriktionen

Warum gelingt hier nach zehn Jahren kein Fortschritt auf EU-Ebene – obwohl mittlerweile gerade auch deswegen die Mehrheit der EU-Staaten eine Ökologisierung ihrer Steuersystem, meist mit einer Energiebesteuerung im Mittelpunkt, vorantreibt? Faktisch ist wegen der mangelnden Harmonisierung mittlerweile die Mehrheit der Staaten eigene Wege gegangen, was – so will es die Ironie der Geschichte – die Harmonisierung heutzutage noch schwieriger macht.

Zum einen könnte man vermuten, dass Befürchtungen über die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Wirtschaftszweige eine Einigung verhindern. Diese Vermutung kann jedoch grundsätzlich beiseite

geschoben werden, da die Vorschläge von 1992/95 und von 1997 umfassende Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrien enthalten – und dies, obwohl nur einzelne Prozesse dieser Sektoren potenziell gefährdet wären.

Leicht regressive Verteilungswirkungen sind für manche Staaten wie etwa Großbritannien ein Grund zumindest im Haushaltsbereich die Steuern nicht zu erhöhen. Substanziell sind diese Bedenken jedoch in aller Regel nicht, denn die Belastungen sind quantitativ meist unbedeutend. Gerade Kraftstoffsteuern belasten den Mittelstand am meisten, nicht aber den Sozialhilfeempfängern (2). Zudem werden die vermiedenen Umwelt- und Gesundheitsschadenskosten durch die sinkende physische Belastung oft verkannt (3). Weiterhin könnte eine gezielte Aufkommensverwendung zur Förderung der Energieeinsparung, der Steigerung der Energieeffizienz und der Erneuerbare Energien (zum Beispiel mittels Steuerermäßigungen zur Wahrung der Aufkommensneutralität) dieses Hemmnis überwinden helfen – eine oft sträflich vernachlässigte Möglichkeit der Kompensation.

Überwindung der institutionellen Hemmnisse

Wenn man also diese beiden meistgenannten Hemmnisse einmal nicht beachtet, kommt man zu den institutionellen Hemmnissen auf EU-Ebene. Das Dossier Energiebesteuerung fällt – weil es um eine Steuer geht – in die Zuständigkeit des ECOFIN, des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister. Für Steuern sieht der EU-Vertrag Einstimmigkeit als Abstimmungsregel vor. Faktisch wird damit jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht eingeräumt. Und dies ist der entscheidende Grund, warum bisher kein Vorschlag verabschiedet werden konnte. Deutschland hatte daher als Forderung in die Neuverhandlung des EU-Vertrags Ende 2000 in Nizza die Veränderung dieser Abstimmungsregel zumindest für Umwelt- und Energiesteuern eingebracht. Aber da selbst die damalige französische EU-Ratspräsidentschaft dieser Forderung nach einer qualifizierten (=3/4) Mehrheitsregel nicht folgte – und zu einer Vertragsänderung wiederum Einstimmigkeit ist erforderlich –, hatte dieser Vorstoß keine Chance.

Gibt es also andere Möglichkeiten, um hier bald Fortschritte zu erzielen? Die Zeit drängt, weil die EU-Erweiterung eine weitere wichtige zeitliche Randbedingung für einen Beschluss zur stärkeren Harmonisierung der Energiesteuern setzt. Denn sollte eine stärkere Harmonisierung der Energiebesteuerung vor dem Beitritt erster Staaten erfolgen, zählte die dann beschlossene Energiebesteuerung zum "acquis communautaire", dem EU-Gemeinschaftsrecht. Die Beitrittskandidaten müssten diese also auch – gegebenenfalls mit Übergangszeiten – übernehmen. Nun könnte man gleichwohl etwas Hoffnung in die für 2004 vereinbarte neue EU-Vertragsstaatenkonferenz als auch den neu gegründeten Konvent zur Reform der EU-Institutionen legen. Aber 2003 sollen bereits erste Beitrittskandidaten (4)³ aufgenommen werden. Dies dürfte eine solche Veränderung nicht gerade erleichtern. Im Prinzip gibt es zwei, wenn auch durchaus ähnliche Ansätze – einen steuerlichen und einen nicht-steuerlichen.

Neben den fiskalischen Aspekten einer solchen Besteuerung spielt das umweltpolitische Motiv eine wichtige Rolle. Insofern könnte dies eine Behandlung des Dossiers unter der Ägide des EU-Umweltrats rechtfertigen. Dies hätte den möglicherweise entscheidenden Vorteil, dass hier Entscheidungen mit der Regel der "qualifizierten Mehrheit", also einer Dreiviertel-Mehrheit getroffen werden. Nicht zuletzt wurde erst im März 2002 das Kyoto-Protokoll mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Damit könnte eine breite Allianz von Befürwortern von Energiesteuern diese auch gegen eine Minderheit durchsetzen. Diesem schönen Szenario steht leider der EU-Vertrag entgegen, der eine einstimmige Beschlussfassung für alle steuerlichen Fragen – unabhängig von der Ratsformation – vorgibt.

In eine andere Richtung zielt eine andere Alternative. Sie besteht in der Verfolgung einer nichtsteuerlichen Variante. Konkret heißt dies, dass man vorerst auf eine stärkere Harmonisierung der Energiebesteuerung verzichtet. Statt dessen werden verschiedene Sektoren dem Emissionshandel unterworfen. Denn dieses Instrument wird im Rahmen des Kyoto-Protokolls und damit mit großer Wahrscheinlichkeit in der EU kommen, auch wenn sich Deutschland derzeit aufgrund von partiellen Wirtschaftsinteressen durch große Skepsis

3

Schlegelmilch, Kai (Hrsg.): Green Budget Reform in Europe. Countries at the Forefront. Springer: Berlin, Heidelberg, New York 1999

gegenüber dem Emissionshandel in eine befremdliche Situation im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit als Klimaschützer begeben hat. Erst Ende 2001 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zum Emissionshandel auf EU-Ebene im Rahmen ihres Europäischen Klimaschutzprogramms vorgelegt. Dieser wird - hier geht es ganz explizit um Klima und Umwelt - im Umweltrat diskutiert und soll von ihm verabschiedet werden. Zwar fokussiert der Vorschlag bisher auf die Beteiligung der Kraftwerke beziehungsweise der energieintensiven Branchen. Eine Ausweitung auf andere Sektoren ist aber grundsätzlich denkbar. Insbesondere für den Verkehrssektor gibt es bereits erste Studien, die sich mit der Praktikabilität dieses Ansatzes auseinandersetzen. Um in aller Kürze ein Hauptbedenken auszuräumen: Dies würde auf Ebene der Mineralölfirmen funktionieren, nicht jedoch über Bezugsscheine, die die einzelnen AutofahrerInnen dann bei jedem Tanken abzugeben hätten. So könnten grundsätzlich auch die privaten Haushalte einbezogen werden. Zwar wäre damit immer noch keine Harmonisierung der Energiebesteuerung erreicht – und bürokratisch wäre es ebenso nicht die eleganteste Lösung. Aber dies ist letztlich sekundär – primär ist das Ziel, der Klimaschutz. Und für Ökonomen ist es eine Binsenweisheit, dass die zwei ökonomischen Instrumente - Steuer und Emissionshandel -, sofern ein und dasselbe Ziel einer bestimmten Emissionsminderung erreicht werden soll, eine ähnliche Auswirkung auf den Preis haben. Der Emissionshandel wäre somit eine komplementäre und damit kompatible Lösung zur Energiebesteuerung. Und das institutionelle Hemmnis, Erfordernis der Einstimmigkeit beim ECOFIN, könnte so weitgehend überwunden werden (Kai Schlegelmilch, Stellvertretender Vorsitzender des FÖS).

Anmerkungen

- (1) Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Präsidentschaft zum Europäischen Rat in Barcelona am 15./16.03.2002.
- (2) Nagel, Thomas: Allokative und distributive Effekte einer umweltgerechten Umgestaltung des deutschen Steuersystems, Frankfurt am Main/New York, 1992.
- (3) Luhmann, Hans-Jochen/Ell, Renate/Roemer, Michael: Unevenly distributed benefits from reducing pollutants, especially road traffic emissions, via reducing road transport. Environmental Fiscal Reform Working Paper No. 6, Wuppertal July 1998.
- (4) Schlegelmilch, Kai (Hrsg.): Green Budget Reform in Europe. Countries at the Forefront. Springer: Berlin, Heidelberg, New York 1999 (http://www.springer.de/cgi-bin/search_book.pl?isbn=3-540-64718-X)

Dieser Artikel erscheint auch in der Politischen Ökologie Nr. 77/78 "Kassensturz. Lenken mit einer Ökologischen Finanzreform", Juli 2002, <http://www.oekom.de>.

Energie-Steuersätze im europäischen Vergleich

Laut einer Untersuchung des dänischen Umweltforschungsinstituts müssen alle EU-Mitgliedstaaten, außer den Spitzenreitern Schweden und Dänemark, bei ein oder mehreren Energieprodukten die Steuersätze erhöhen um die Vorgaben der Europäischen Kommission erfüllen zu können. In Deutschland liegt lediglich der Steuersatz für Kohle unter den Vorgaben. Lesen Sie mehr (englisch):

Impacts of EU energy tax plans revealed

All but two EU member states would have to raise one or more tax rates on energy products under Spanish presidency proposals for an energy taxation directive, figures compiled by Denmark's National environmental research institute (Neri) show. Neri produced the table because Denmark will inherit the controversial dossier when it takes over the EU presidency on 1 July.

The figures draw on a comparison first published by the European environment agency between national tax rates and those proposed by the European Commission in 1997. Neri has updated the table to include more recent data on national taxes, which are compared against the Spanish presidency's compromise proposal made in May.

Only Sweden and Denmark would be unaffected by the proposal, the data show. At the other end of the scale, Greece would have to raise rates for ten types of energy products, while Ireland, Luxembourg and Portugal would have to raise seven apiece. Belgium would have to raise six and Spain five.

In all cases, however, the scale of required increases would be considerably smaller than under the Commission's original proposals (Environment Daily 1230, 06.06.02).

Tax comparison table: <http://www.environmentdaily.com/docs/taxes1.xls>

Schlüsselkind Energie

Die Organisatoren des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg machen in ihrem Bericht darauf aufmerksam, dass Energie auf der Tagesordnung von Johannesburg keine ausreichende Beachtung findet. Nachhaltige Entwicklung sei ohne eine sichere Energieversorgung nicht möglich. Lesen Sie mehr (englisch):

IEA Report: Energy Deserves More Attention at Sustainability Conference

The Organisation for Economic Co-operation and Development's International Energy (IEA) Agency warned last week that energy is not getting adequate consideration as organisers finalise the agenda for the August World Sustainability Conference in Johannesburg, South Africa. "In the IEA's view, there can be no sustainable development without a secure energy supply to underpin essential economic activity and provide services to society," the group said as it released its report "Toward Solutions: Sustainable Development in the Energy Sector." There is a need to favour non- or low-polluting energy over fossil fuels, IEA said. The report and it went on to address seven other areas: improving energy efficiency; using more renewable energy; making markets work; technology, including research, development and deployment; access to energy; transportation; and environment, health and safety. "We are not on a sustainable energy path unless we make considerable changes," said IEA Executive Director Robert Priddle (Tax News Update, Vol. 22 No. 9, 04.06.02).

For more information, visit the IEA website: <http://www.iea.org>.

Weiterhin keine einheitlichen Energiesteuersätze in der EU

Das Schicksal der Pläne zur Harmonisierung der Energiesteuersätze in der EU bleibt ungeklärt. Lesen Sie mehr (englisch):

EU Energy Tax Harmonisation Remains Stalled

The fate of plans for an EU framework for energy taxation remains unclear after a high-level diplomatic working group convened last week by the Spanish EU presidency failed to break an impasse prompted by the collapse of talks between Finance Ministers. The item is now provisionally on the agenda of a special meeting of Finance Ministers this week. The impasse began when the newly elected government of France rejected the deal on a presidency compromise proposal (TNU, 11.06.02). The deadlock could kill off for good the idea of an EU energy tax, with Spain reverting to its generally hostile position on the initiative once its term as EU president expires (Tax News Update; Vol. 22 No. 11: 18.06.02).

Uneinigkeit bezüglich der Energiesteuerpläne in der EU

Die EU- Finanzminister haben es wiedereinander nicht geschafft, sich auf gemeinsame Rahmenbedingungen für die Energiebesteuerung zu einigen. Diesmal ist es Frankreich, das sich weigert, den Vereinbarungen zuzustimmen. Lesen Sie mehr (englisch):

France Scuttles EU Energy Tax Plans

In May EU finance ministers failed again to agree on a common framework for energy taxation, with the key development being total French opposition to the energy tax proposals. The impasse also prevented a separate agreement on tax incentives for biofuels, opposed by the United Kingdom, perhaps in retaliation. EU governments can only agree on common tax measures by unanimity, so France could block all progress, as Spain did until this past spring. France objected especially to the energy tax regime's implications for diesel used by the road haulage industry. Proponents see the tax plan as a key test of EU commitment to restraining energy-related greenhouse gas emissions. It would introduce EU-wide minimum tax rates for most energy products, plus principles on flexibility for national variations from the basic rules, and a series of exemptions and transition periods. Responding to the impasse, environmental group EEB deplored "the lack of political courage of governments for getting prices right for the environment and decoupling GDP growth and transport growth..." A high-level working group was set to meet this week, aiming to present new proposals back

to finance ministers for their approval later this month. The latest dispute comes in the wake of Denmark National Environmental Research Institute figures showing that all but two EU member states – Sweden and Denmark – would have to raise one or more tax rates on energy products under the Spanish presidency proposals opposed by France (Tax News Update, Vol. 22 No. 10, 11.06.02).

EU: Steuerbefreiung für Biokraftstoffe

Mittlerweile gibt es eine politische Einigung zur Steuerbefreiung für Biokraftstoffe. Lesen Sie mehr (englisch):

EU States Agree on Tax Incentives for Biofuel

In June, European Union Finance Ministers came to an agreement allowing governments to exempt transportation biofuels, such as biodiesel, from excise duties applied to conventional fuels. The deal builds on a draft biofuel support proposal put forward by the European Commission in November 2001. The agreement is far more generous than originally proposed; Ministers said biofuels could benefit from 100 percent duty relief, while the Commission had recommended only 50 percent relief. The adoption of the agreement depends on a favorable opinion from the European Parliament (Tax News Update; Vol. 22 No. 12; 25.06.02).

Fortschrittsbericht des spanischen EU-Präsidentschaft erschienen

Der Bericht beschreibt die Entwicklungen und Fortschritte im Bereich Energiebesteuerung während der spanischen EU-Präsidentschaft. Sie können ihn sich herunterladen unter

http://europa.eu.int/spain/temas/sevilla/documentos/CS_2002_10195_1_EN.pdf

Klimaschutz: Rote Karte für EU – zu niedrige Energiepreise

Die Europäische Umweltagentur hat die Europäische Union aufgefordert, umfassendere Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs vorzunehmen. Ansonsten laufe die EU Gefahr, die im Kyoto-Protokoll festgelegten Vorgaben zur Senkung der Treibhausgasemissionen nicht erfüllen zu können. Die niedrigen Energiepreise nennt die Umweltagentur als einen der Hauptgründe. Lesen Sie mehr (englisch):

EEA Report: EU Must Reduce Energy Consumption to Meet Kyoto Targets

The European Environment Agency (EEA) has warned the European Union that it will have to do much more to rein in energy consumption if it wants to meet its climate change reduction targets under the Kyoto Protocol. The challenge is outlined in a new EEA indicator-based report, "Energy and Environment in the EU." According to the report, although EU greenhouse gas emissions fell by 3.5% between 1990 and 2000, further progress is in severe doubt. Without additional measures, it warns, they will return to 1990 levels by 2010, and continue increasing thereafter. Emission cuts will be difficult unless policy action is taken now, the report says. One key factor identified by EEA is low energy prices, which it says are increasing demand. More needs to be done to internalise into prices the external costs of energy on the environment and human health, the report argues. EU Energy Ministers have recognised the need, but progress has been held back by a failure to agree on an EU-wide framework on energy taxation (Tax News Update, Vol. 22 No.9, 04.06.02). For the full report, visit: http://reports.eea.eu.int/environmental_issue_report_2002_31/en/

Die Schweiz orientiert sich am deutschen EEG

Vor 10 Jahren war die Schweiz bei der Förderung erneuerbarer Energien weit vor Deutschland. Deshalb gab es zum Beispiel damals in der kleinen Schweiz soviel Solaranlagen wie im 10 mal bevölkerungsreichen Deutschland. Doch das deutsche Erneuerbare Energiengesetz im Jahr 2000 gab den Erneuerbaren hierzulande einen solchen Pusch, dass Deutschland heute vorne liegt. Die Schweiz hat jetzt Nachholbedarf.

Zweimal war in den vergangenen Jahren ein Volksentscheid zugunsten der Erneuerbaren knapp gescheitert. Das soll nun anders werden. Die Energiekommission des Schweizer Nationalrats hat beschlossen, dass in der Schweiz die Erneuerbaren Energien ähnlich gefördert werden sollen wie im deutschen Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG). Außerdem soll die Schweiz künftig auf Atomstrom eine Lenkungsabgabe von 0,3 Rappen (= 0,2 Cent) pro Kilowattstunde erheben. In der Schweiz kann das geplante Gesetz aber erst in Kraft treten, wenn es von beiden Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat, angenommen ist. Ob dies ge-

schieht, ist noch offen. Bisher haben sich bereits Spanien, einige österreichische Landesregierungen und bei der Windenergie auch Frankreich am deutschen EEG orientiert. Gute Beispiele machen Schule (ECO-News vom 04.06.2002).

Die italienische Industrie fordert mehr flexible Mechanismen für den Klimaschutz

Die italienische Industrie hat ihre Regierung aufgefordert, staatliche Restriktionen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu Gunsten flexibler Mechanismen zu vermindern. Die Europäische Kommission hat zwei Arten von staatlicher Beihilfe für unzulässig befunden. Lesen Sie mehr (englisch):

Italian Industry Calls for New Climate Approaches; EU Rules Tax Exemption Illegal State Aid

A landmark pact on reducing the environmental impacts from energy use signed by 35 Italian stakeholders, including government and industry officials, is failing to curb rising greenhouse gas emissions in Italy, according to the latest progress report on the four-year-old agreement. Under the Kyoto Protocol, Italy is committed to reducing greenhouse gas emissions by 6.5% between 1990 and the period 2008-12. But emissions actually rose by 5.6% from the base year to 2001. Italy's main industrial association, Confindustria, has urged the government to minimise domestic "command and control" measures to meet the country's emissions reduction target agreed under the Kyoto protocol ratified last week by the EU. Appearing before the lower house of parliament's Environment Committee recently, Confindustria's Giuseppe Prezioso warned that strict domestic measures to cut emissions would negatively "affect consumption... resulting in slower growth." He urged the government to focus instead on the flexible mechanisms available under the protocol to deliver Italy's targets. The head of Italy's Kyoto Protocol Committee, Corrado Clini, has already stressed that the economic implications of any measures adopted will be taken into account. In a separate development, the EU Commission has found that two types of Italian state aid that mainly benefit public sector utilities are illegal and that the government must recover the aid from the companies that have enjoyed the illegal benefits, according to a June 5 Commission news release. One of the two types of illegal state aid involves a three-year income tax exemption. The other type is allowing publicly-owned companies to contract lower-than-market-rate loans (ECO-News vom 04.06.2002).

Emissionshandel in Norwegen

Das Norwegische Parlament hat am 18.06.2002 den Einstieg in den Emissionshandel beschlossen. Lesen Sie mehr (englisch):

Norway commits to climate gas trading

On 18.06.2002 the Norwegian parliament voted to approve the government's climate policy, including provisions for a system of quota trading that would enable companies to buy and sell the right to emit greenhouse gases. The system, which is to operate from 2005, is contested by the opposition Labour party and by many in the industrial sector, who prefer voluntary agreements with the government for limiting such emissions (Environment Daily 1239; 19.06.02).

Debatte um Auflagen für Schwertransporte

Die Europäische Kommission hat am 10.06.2002 die Debatte um eine weitere Verschärfung der Auflagen von 1999 für Stickoxid-Emissionen von Schwertransporten neu angeregt. Die Richtlinien sollen 2006 weiter verschärft werden. Zur Debatte steht nun, die Richtlinien für 2008 und 2009 nun auch zu verschärfen. Der Vorschlag wurde durchaus positiv aufgenommen. Lesen Sie mehr (englisch):

Commission seeks views on lorry NO_x limits

On 10.06.2002 the European Commission's enterprise directorate asked for views on whether the EU should further strengthen limits on heavy goods vehicle emissions of nitrogen oxides (NO_x) in 2008, as foreseen in a 1999 directive.

Under the directive, limits on lorry NO_x emissions in force since last October are already due to be tightened in October 2006. At issue is whether they should be further strengthened in October 2008 for new type approvals and in October 2009 for new engines.

European vehicle manufacturers association Acea has already agreed to invest in selective catalytic reduction as the technology of choice to deal with NO_x emissions, a spokesperson told Environment Daily. He said the

proposed 2008/9 limit of 2 grams per kilowatt hour (2g/kWh) was "ambitious" but that the industry was ready to take up the challenge to meet it.

With even tighter NO_x limits being introduced in the USA, it seems unlikely that the European industry will fight against the proposed limit. However, arguments could flare up over the exact scope of application and over when it should be introduced.

Based on consultation responses, the Commission is due to advise EU governments and the European Parliament by year-end on the costs and practicality of the stricter limit.

It is possible that the parliament could then push for earlier introduction. During drafting of the 1999 directive a substantial body of MEPs wanted the 2g/kWh limit introduced in 2006, and the assembly only backed down on the issue at the last minute (Environment Daily 1233, 11.06.02).

Österreich verabschiedet Klimaschutzstrategie

Am 18.06.2002 hat Österreich seine Klimaschutzstrategie verabschiedet um somit den Anforderungen des Kyoto-Protokolls, seine Treibhausgasemissionen im Zeitraum von 2008-2012 um 13% zu senken, gerecht zu werden. Die Strategie umfasst neben Klimaschutzmaßnahmen auch Maßnahmen zur Förderung von Biomasse und Verkehrsprojekten, für die bis zum Jahre 2012 insgesamt 111 Millionen Euro aufgebracht werden sollen. Lesen Sie mehr (englisch):

Austrian climate strategy wins disapproval

On 18.06.2002 the Austrian government confirmed its climate strategy, aimed at enabling the country to meet its Kyoto protocol greenhouse gas reduction target of 13% by 2008-12. Environment minister Wilhelm Molterer described the initiative, agreed after months of intensive talks, as a "breakthrough" for climate policy. An initial strategy was first proposed nearly two years ago.

Under the strategy, there should be additional investment in climate-related measures of euros 90m in the years until 2012. Biomass and transport-related-projects are the two largest components, amounting to euros 21m.

Meanwhile, the government has underlined the importance it thinks that the Kyoto flexible mechanisms will play in reaching the emissions target by reserving over one-third of the investment pot for projects carried out under the joint implementation and clean development mechanisms. Both involve claiming emission credits for reductions achieved abroad.

At this stage it is unclear what will be done by the nine provinces and how much money will come from the federal government. Greenhouse gas emissions have actually risen slightly from the 1990 level, and at this stage there is no indication that this trend is altering.

Austrian environment group the Climate coalition welcomed the strategy but slammed the government's reliance on projects undertaken abroad. "That does not help the world's climate, and prospects for the Austrian economy are ignored," said the group's director Wolfgang Mehl.

The opposition social democrats also criticised the government, claiming the strategy had emerged too late and was too imprecise. "There is a huge lack of figures and targets, and the money has not been fixed, so the fate of the strategy is still open," said spokesperson Ulli Sima (Environment Daily 1239, 19.06.02).

Quertreiber USA - Protest aus Indien

Die Inderin Sunita Narain wirft einen sorgenvollen Blick auf die Angewohnheit der USA, sich aus internationalen Abkommen zurückzuziehen, und auf die permanente Weigerung der USA, sich verantwortungsvoll in die Völkergemeinschaft einzubinden. Lesen Sie mehr (englisch):

Taking the US to Democracy

In matters of global affairs today, there is one question that is never directly asked. But it is on everybody's mind, if not on the tip of the tongue. People don't ask it simply because they don't have an answer.

The question defies a solution in current times. So it is best to bury it, knowing fully well there is no progress without resolving it. The question, if you have not guessed by now, is just how the world will deal with the waywardness of the US? How will the world's most powerful nation - both economically and militarily - be made a more responsible member of the community of nations?

Why do I say this? The US government's rejection of the Kyoto Protocol - the legally binding multilateral instrument to cut greenhouse gas emissions in the industrialised North - is just one example. But it is key as combating climate change is perhaps the largest enterprise humankind has ever embarked upon and it demands global co-operation. When the largest polluter turns renegade, by arguing, selfishly, that efforts to control global warming will impact on its economy, it shirks its responsibility to others who will suffer the disastrous consequences of its wilful disobedience.

Then, this month, the George Bush administration, took the unprecedented step to "unsign" the global treaty creating an international criminal court of justice - set up to try individuals who commit heinous crimes against humanity, but evade prosecution in their own nations. The court's jurisdiction begins this July. The Bill Clinton administration had already signed the treaty. But now Bush says that the court could be misused to charge American soldiers with war crimes, forgetting the strong safeguards already in place. But how can the world's most powerful nation be subjected to global jurisprudence and scrutiny?

The renunciation has even wider consequences as it means that the US will now assert that it is not bound by the 1969 Vienna Convention on the Law of Treaties, which requires nations to refrain from taking steps to undermine treaties they sign, even if they do not ratify the agreement. This virtually means rewriting the basis of global common law that has evolved over the past many years. The US strategy on global negotiations is single-minded obsession for its own national, or corporate well-being. "The US way of life is non-negotiable," said George Bush senior when pushed on the issue of climate change. This remains the abiding basis of its foreign policy, with no exceptions. Its negotiation tactics are well established. First, the country will work extremely hard with huge contingents of experts and negotiators - to craft global conventions, as they will. The threat will be implicit: do as we say or we will not sign. Then when the world has caved in more or less to deliver an agreement, weak for most but acceptable to the US, the country will flex its muscles and walk out of the agreement. The strategy then is to work towards total submission with a brand new agreement, rewritten by the US.

In the negotiations for the Law of the Seas agreement - to manage another global common, the oceans - the US refused, after it had participated actively in the negotiations, to concede to the final agreement. The convention was adopted, without the US, and came into force. The US then worked doggedly to "persuade" developing countries to reopen the negotiations and finally ten years later got a new agreement, which would "nullify the provisions in the original agreement that had not been universally accepted." "Universal" being the euphemism for the US. The agreement now makes sure that the US has control of the decision making process to exploit the seabed's mineral wealth.

The Kyoto Protocol is another such example. It is no secret that the protocol is an extremely pusillanimous agreement, riddled with loopholes, which have practically rendered the agreement ineffective, if not worthless. The US worked hard to get through each one of the agreement's fatal flaws. Then, when the final compromise - the nail on the coffin - was crafted, all to get the US to consent, the country walked out. Now it is working overtime to ensure that it can undermine the protocol and create conditions for the world to accept its formula that developing countries must also take on legally binding cuts in their greenhouse gas emissions. But the problem is not merely about a recalcitrant bully nation. The problem is about global democracy and how it will function, or not, in this situation where the most powerful law-maker turns law-breaker. The world has moved towards a rule-based system of global governance, where nations agree to take on legally binding commitments based on lengthy discussions, consensus building and voting. But in this body of law, as with law-making in any civilised nation, the standard of justice depends on the equality of power to restrain the strong from doing what they have power to do, so that the weak don't have to accept what they have to accept. There can be no respect otherwise. Democracy is all about this. Surely the US should know.

The US dread-factor is the dampener on almost all global negotiations today, including the upcoming World Summit on Sustainable Development. Given the unipolarity in the world, its absolute power and the disinclination of the European Union to play a countervailing role, there is little that can change. But the answer will have to be found. Whatever the solution. The first step is that we at least ask the question. "So how do we bring democracy to the US?" (What's new at CSE, India; 06.06.2002).

USA: Unternehmen fordern Steuererleichterungen

Amerikanische Unternehmen haben den Kongress aufgefordert, größere Anreize für den Einsatz von erneuerbaren Energien zu schaffen. Die Unternehmen haben sich bereit erklärt, mehr Energie aus regenerativen Quellen zu beziehen. Lesen Sie mehr (englisch):

Major Corporations Ask Congress for Tax Reductions, Economic Incentives for Renewables

In May members of a broad business coalition called on Congress to provide more incentives to further the development of new projects taking advantage of renewable energy sources. Representatives from several major corporations, including Alcoa and DuPont, told a congressional briefing on June 12 that energy suppliers, providers and users need clear accounting standards for greenhouse gas (GHG) emissions and reductions, viable tax credits, and other economic incentives if relatively clean energy is to come more fully into play. The companies are part of the Green Power Market Development Group (GPMDDG), and along with members Dephi, General Motors, IBM, Interface, Johnson & Johnson, Kinko's, and Pitney Bowes have voluntarily committed to increasing their use of wind, solar, landfill gas and biomass-derived energy. Cofounded by the World Resources Institute and Business for Social Responsibility, GPMDDG is working to create a corporate market for green energy by concentrating on the commercial and industrial sectors. The group wants to develop a market for an additional 1,000 megawatts (MW) of cost-competitive green power by 2010 and is lobbying Congress to assist by creating economic incentives. According to the group, power plants that are already working to reduce GHGs are doing so without financial benefits or the promise they will receive credit later for making early reductions (Tax News Update, Vol. 22 No. 11, 18.06.02).

USA: Emissionshandel in Michigan / New Hampshire

Die US-Umweltschutzagentur EPA steht kurz davor, freie Emissionshandelsprogramme in Michigan und New Hampshire durchzusetzen. Lesen Sie mehr (englisch):

EPA Nears Approval of Emissions Trading in Michigan, New Hampshire

The Environmental Protection Agency is close to finalising open market emissions trading programs in Michigan and New Hampshire. EPA had granted preliminary federal approval to such state efforts in Illinois, Michigan, New Hampshire, and New Jersey in early 2001. Of the four, only Illinois has been granted final approval, in October 2001. New Jersey has since told EPA it wants out of trading for now. Proponents of open market trading call it one of the most innovative "market mechanisms" available for reducing air pollution. Open market trading and its "hybrid" forms have been praised by industry groups and both the Clinton and current Bush Administrations as cheaper, easier ways to meet the requirements of the Clean Air Act (CAA). In the early 1990s, then-Vice President Gore hailed it as one of the best examples of "reinvented" government, with Republicans in Congress advocating for the approach in the mid-1990s. With broad support among Republicans and Democrats, the open market approach could receive more attention in Congress as legislators attempt to rewrite CAA, perhaps as a component of the Clear Skies Initiative on pollution unveiled by the Bush Administration earlier this year. Open market trading is seen by many in the utility and business sectors as preferable to regulating pollution control in a source-by-source manner. The approach differs in several key aspects from the cap-and-trade system used for sulfur dioxide (SO₂) and nitrogen oxide (NO_x) reductions. The fundamental difference in open market trading is the fact that emission credits are exchanged between various types of pollution sources and in some cases by allowing trades among different emission categories, such as NO_x for SO₂. But questions are mounting from the EPA inspector general (IG) and environmental groups over the legitimacy of the approach. Environmentalists cite a state's ability to effectively enforce trading programs and the open market approach's effect on poor and minority communities. Some groups may argue that the approach violates the CAA, the Civil Rights Act, and an executive order from former President Clinton addressing environmental justice. In a May 13 memo, EPA's IG office hinted that it is expanding its year-old investigation into environmental justice issues. Any new market-based emissions trading approach also has to deal with the contentious issue of how government should allocate new allowances. At least three possible methods have surfaced: "grandfathering" permits, which would give the most allowances to producers that have already spent the most to cut pollution, thus favouring what were once the dirtiest plants; allotting allowances every year or two, giving more to bigger power generators but

fewer to bigger polluters, thus rewarding the cleanest plants; and auctioning or selling permits. Most economists prefer the auction allocation method because it sells the allowances to the companies that value them the most (Tax News Update Vol. 22 No. 10, 11.06.02).

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

Heft zur Ökologischen Finanzreform

In Kürze erscheint die politische ökologie 77/78 mit dem Titel „Kassensturz – Strukturwandel durch Ökologische Finanzreform“, die mit Unterstützung des FÖS entstanden ist. Darin finden sich Beiträge von Hans Eichel, Jürgen Trittin, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Anselm GÖrres (FÖS), Kai Schlegelmilch (FÖS) und Bettina Meyer (FÖS).

Hier das aktuelle Inhaltsverzeichnis: http://www.foes-ev.de/downloads/poe77_inhalt.pdf

Sie können das Heft unter folgendem Link bestellen:

<http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/poe/index.htm>

Forderungen der Katholischen Landjugendbewegung Deutschland

Der KLJB-Frühjahrsbundesausschuss 2002 hat am 9. Juni in Bad-Honnef-Rhöndorf Beschlüsse in den Bereichen Umweltschutz, Welthandel und Welternährung gefasst. Auch Forderungen zur Ökologischen Steuerreform wurden laut. Lesen Sie einen Auszug aus ihrem Positionspapier:

„Die Ökologische Steuerreform in entschlossenen Schritten und im Sinne einer umfassenden ökologischen Finanzreform weiterentwickeln!“

Die Stufen einer ökologischen Besteuerung müssen langfristig und verbindlich festgelegt werden, um Planungssicherheit und Steuerungswirkung zu erzielen. Das politische Engagement für eine EU-weite und einheitliche ökologische Besteuerung muss verstärkt werden. Bestehende Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe müssen Schritt für Schritt abgebaut werden. Darüber hinaus ist die sozialverträgliche Gestaltung der Öko-Steuer weiterzuentwickeln, z.B. im Bereich der Landwirtschaft. Die Steuersätze müssen sich konsequenter an der Emissionsbelastung orientieren. Das bestehende Modell der Aufkommensneutralität soll dahingehend erweitert werden, dass zukünftig ein sukzessiv wachsender Teil des Steueraufkommens zur direkten Finanzierung von klimaschutzrelevanten Infrastrukturmaßnahmen wie beispielsweise dem Aufbau von Nahwärmesystemen, der ÖPNV-Förderung und der Forschungsförderung verwendet werden.“

Die vollständig Stellungnahmen der KLJB finden Sie unter: <http://www.kljb.org/frames/pm.htm>

Simonis und Rogall fordern konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie

Passend zur Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die im September auf dem UN-Gipfel in Johannesburg der Weltöffentlichkeit vorgestellt werden soll, stellte Udo Simonis, Professor am Wissenschaftszentrum Berlin, in den Räumen der Ebert-Stiftung das neue Buch von Holger Rogall vor. „Neue Umweltökonomie - Ökologische Ökonomie“ lautet der Titel des bei Leske + Budrich erschienenen Buches, das als Einführung in die ökonomischen und ethischen Grundlagen der Nachhaltigkeit sowie die Instrumente zu ihrer Durchsetzung angesehen werden will. Dr. Holger Rogall ist Professor für Umweltökonomie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, Vors. der Gesellschaft für Nachhaltigkeit, Neue Umweltökonomie und nachhaltigkeitsgerechtes Umweltrecht e.V. (GfN) – und FÖS-Mitglied. E-Mail: <mailto:H.Rogall@t-online.de>

Holger Rogall: Neue Umweltökonomie – Ökologische Ökonomie

Ökonomische und ethische Grundlagen der Nachhaltigkeit, Instrumente zu ihrer Durchsetzung, Opladen 2002. 345 Seiten. Kart. 19,80 EUR ISBN 3-8100-3500-9

Das Buch verfolgt vier große Ziele:

Erstens will es zur Popularisierung des Begriffs der Nachhaltigkeit beitragen. Hierzu bietet das Buch eine Skizzierung der historischen Entwicklung von Umweltbelastungen, eine Darstellung der Probleme zu Beginn

des 21. Jahrhunderts sowie eine Erläuterung der 1992 auf der Rio-Konferenz verabschiedeten neuen Leitidee der Nachhaltigen Entwicklung (sustainable development). Rogall definiert dieses neue Entwicklungsziel der Menschheit als „eine Entwicklung, die neben der internationalen Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards im Rahmen der Tragfähigkeit des Umweltraumes anstrebt.“ Wobei es ihm anders als anderen Autoren nicht um eine gleichgewichtige Abwägung der Ziele geht, sondern um eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Freiheit und Lebensqualität für alle heutigen und künftigen Generationen im Rahmen von ökologischen Leitplanken gesichert werden. Diese Definition des Begriffes ergibt sich für ihn zwingend, da die natürlichen Lebensgrundlagen existentiell und daher nicht verhandelbar sind. Zur praktischen Umsetzung durch die Politik wird u.a. ein Ziel- und Indikatorensystem vorgeschlagen und die Strategiepfade Effizienz-, Substitutions- und Suffizienzstrategie erläutert.

Zweitens wird ein Diskursangebot für die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsethik unterbreitet. Sie wird definiert als Bereitschaft zur Übernahme von *Verantwortung für sich selbst, für die Mitwelt und künftige Generationen*. Hieraus werden, ausgehend von dem Prinzip der Gerechtigkeit, eine Reihe von ethischen Prinzipien erläutert (internationaler und intergenerativer Gerechtigkeitsgrundsatz, Vorsorge- und Risikominimierungsprinzip, eigene Schutzrechte für die Natur, Frieden und Harmonie mit der Mitwelt sowie die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie- und Rechtsstaatsprinzipien). Weiterhin wird ein Vorschlag für einen individuellen Entwicklungsprozess vorgestellt, in dessen Zentrum die Entwicklung der Potenziale des – von Rogall so bezeichneten - *homo cooperativus* steht, der als aufgeklärter homo oeconomicus verstanden wird. Durch diesen Prozess der aktiven Verantwortung, der zu mehr Gesundheit und Lebensqualität führt, soll auch ein Weg aus dem für viele unlösbaren Dilemma zwischen dem Wunsch, etwas für die künftigen Generationen zu tun, und dem jedem Menschen innewohnenden Eigennutzstreben gewiesen werden.

Drittens erfolgt ein Überblick und eine Bewertung der notwendigen Instrumente zur Einleitung einer Nachhaltigen Entwicklung. Der Autor kommt zu der Erkenntnis, dass die konventionellen *ordnungsrechtlichen Instrumente* in der Vergangenheit sehr erfolgreich waren, allein aber zu reaktiv sind, um eine Nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Die *indirekt wirkenden Instrumente* (z.B. Informationen, Förderprogramme, Selbstverpflichtungen, Berichtspflichten u.a.m.) genießen zwar eine hohe Akzeptanz bei allen Akteuren, ohne begleitende ordnungsrechtliche Maßnahmen und neue ökonomische Instrumente sieht der Autor sie aber als unzureichend an. Daher werden ausgewählte neue ökonomische Instrumente wie die Ökologisierung des Finanzsystems, handelbare Naturnutzungsrechte usw. untersucht. Rogall kommt zu dem Ergebnis, dass diese Instrumente das Potential besitzen, die Rahmenbedingungen für Konsumenten und Produzenten soweit zu verändern, dass es zu einer zukunftsfähigen Entwicklung im Rahmen von ökologischen Leitplanken kommen kann.

Viertens entwickelt der Autor die traditionelle Umweltökonomie weiter. Von der Neoklassischen Umweltökonomie ausgehend, werden die nachhaltigkeitsorientierten, transdisziplinären Ansätze der Ökologischen Ökonomie aufgenommen und zu einer Neuen Umweltökonomie weiterentwickelt. Zum Beispiel erfährt der Leser, warum die Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Markt nicht effizient erfolgen kann und wie ein politischer Eingriff sinnvoll umgesetzt werden könnte. Dieser Teil bietet nicht nur Ökonomen interessante Ansätze zur Überwindung der Schwächen der Neoklassischen Ökonomie, sondern fasst die zentralen Gedankengänge der Umweltökonomie so zusammen, dass das Buch als verständliche Einführung auch für Nicht-Ökonomen geeignet ist.

Hierbei zeigt der Autor, dass es bei einer Nachhaltigen Entwicklung nicht etwa um die Einschränkung der Freiheitsrechte geht, sondern um eine Politik, die einer wie auch immer gearteten „Öko-Diktatur“ die Grundlage entziehen will. Als Fazit des Buches kann festgehalten werden, dass die Freiheitsrechte für alle Menschen heutiger und künftiger Generationen nur durch die Änderung der Rahmenbedingungen gesichert werden können, da sich nach dem Stand der Erkenntnis eine dauerhaft aufrechterhaltbare Entwicklung weder durch Marktmechanismen noch durch Bewusstseinsbildung alleine einstellt. Die für eine Nachhaltige Entwicklung notwendigen Instrumente sind vorhanden, sie wurden aber bislang nur unzureichend eingeführt. Insbesondere auf der globalen Ebene herrschen enorme Defizite. Die Konsumentensouveränität soll nicht abgeschafft werden, aber Rahmenbedingungen erhalten, die eine zukunftsfähige Entwicklung der Menschheit ermöglichen.

Dem rund 350 Seiten umfassenden Werk kommt die 10 jährige praktische Erfahrung Rogalls im Abgeordnetenhaus, u.a. als umweltpolitischer Sprecher und Sprecher in der Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ sowie die jahrelange Lehrerfahrung als Professor für Umweltökonomie zugute. Es ist übersichtlich gegliedert und verfügt über ein umfangreiches Glossar, in dem alle Fachbegriffe verständlich erläutert werden. Es kann auch den Lesern empfohlen werden, die mit der ökonomischen Terminologie nicht vertraut sind (Pressemitteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, 17.04.2002).

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

DNR und Bund der Energieverbraucher: Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes verhindert Wettbewerb

Massive Kritik an der kurzfristig im Deutschen Bundestag durchgepeitschten Verabschiedung des novellierten Energiewirtschaftsgesetzes äußerten der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der Bund der Energieverbraucher. "Mit der jetzt gesetzlich abgesicherten Vereinbarung von Industrieverbänden über den Zugang zu den Leitungsnetzen werden die Monopolisierung des Strom- und Gasmarktes unterstützt und der Wechsel zu einer dezentralen Energieversorgung erschwert", erklärte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die aus Gründen des Umweltschutzes dringend erforderliche Wende in der Energiepolitik unterbleibt.

Anders als alle anderen EU-Staaten hat Deutschland keine Regeln für den gleichberechtigten Zugang zu den Leitungsnetzen festgelegt ("regulierter Netzzugang"), sondern dies in die Hände von Stromwirtschaft und Stromhändlern gelegt ("verhandelter Netzzugang"). Das hat dazu geführt, dass der Zugang zu den Leitungsnetzen zum Schutz von Erzeugungs- und Absatzinteressen der Netzbesitzer missbraucht wurde. Die Folge sind überhöhte Netznutzungsentgelte, die neuen Anbietern keine wirtschaftlichen Überlebenschancen bieten. Nachteilig betroffen sind vor allem die privaten Verbraucher, die durch den Wechsel kaum Geld sparen können und die in absehbarer Zeit keine Wechselmöglichkeit mehr haben, weil es keine freien Anbieter mehr geben wird", monierte Aribert Peters, Vorsitzender des Bundes der Energieverbraucher. "Beim Gas ist der Wechsel von privaten Verbrauchern erst gar nicht möglich." Nahezu 40 Millionen Familien, Haushalte oder Unternehmen werden in ihrem Wahlrecht diskriminiert. Bislang haben weniger als 4 % der Haushalte in Deutschland ihren Stromanbieter gewechselt. Der Bund der Energieverbraucher und der Deutsche Naturschutzring werden gegen die mangelhafte Umsetzung der EU-Gasrichtlinien und den Wettbewerbsbestimmungen der EG-Verträge Beschwerde bei der EU-Kommission einlegen. Deutschland ist nach den EU-Richtlinien verpflichtet, die Energiemärkte zu öffnen und die Benutzung der Transportleitungen diskriminierungsfrei zu gestalten. Dies ist bisher nicht geschehen. Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes beschlossen. Danach erlangen die von privaten Industrieverbänden entwickelten Vereinbarungen ("Verbändevereinbarungen") öffentlich-rechtliche Bindungswirkung. Belange privater Verbraucher sind in der Vereinbarung nicht gleichberechtigt berücksichtigt worden. Ebenso schränkt das Gesetz die Befugnisse der Kartellbehörden ein, weil die Verbändevereinbarung als "gute fachliche Praxis" gelten und die Kartellbehörden vor dem Einschreiten dies erst widerlegen müssen. Der Präsident des Bundeskartellamts, Ulf Böge, war sich auf einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages sicher, dass in Folge dieses Gesetzes die Durchleitungsentgelte und damit die Strompreise steigen werden. Nach dem Demokratiegebot des Grundgesetzes gehe alle Staatsgewalt vom Volke aus und nicht von den Industrieverbänden, erklärten DNR und Bund der Energieverbraucher. Potentiell diskriminierende Unternehmen könnten nicht Richter in eigener Sache sein. Die Verrechtlichung der Verbändevereinbarung behindere auch die 11 derzeit laufenden Verfahren wegen überhöhter Netznutzungsentgelte und verhindere mehr oder weniger neue Verfahren (Presseerklärung Bund der Energieverbraucher und Deutscher Naturschutzring, 06.06.2002).

Daimler-Chrysler: Energie aus dem Wald

Daimler-Chrysler erforscht "erneuerbare Kraftstoffe". Zusammen mit der Firma Choren Industries will der Autokonzern die Produktion von Methanol und Dieselkraftstoff aus Biomasse marktreif machen. Im sächsischen Freiberg soll künftig Restholz über Holzvergasung zu Treibstoff synthetisiert werden.

Der Technikvorstand von Daimler-Chrysler Klaus-Dieter Vöhringer sagte zu dem Projekt: "Es ist unerheblich, ob die fossilen Brennstoffe noch 40 oder 80 Jahre reichen - wir müssen die Alternativen jetzt voranbringen." Das hört sich zwar gut an, aber bisher hat sich auch der deutsche Nobelkonzern unverantwortlich viel Zeit gelassen beim Entwickeln von Alternativen. Im Jahr 2000 hat Daimler in einer meiner Fernsehsendungen angekündigt, dass das Wasserstoffauto "Necar 5" bis 2004 zu kaufen sei. Das wäre ein Null-Emissionsauto. Jetzt sagen Daimler-Vorstände: "Es dauert bis mindestens 2012."

Nun also soll Alternativ-Sprit bald aus dem Wald kommen. Bis Mitte 2003 soll das neue Projekt zeigen, ob, zu welchem Preis und mit welchem Energieaufwand Biosprit gewonnen werden kann. Holz soll nur im Umkreis von 50 Kilometern für diesen Versuch eingesetzt werden. Biokraftstoffe könnten - im Gegensatz zu Wasserstoff - über das heutige Tankstellennetz vertrieben werden. Die Bio-Treibstoff-Forscher hoffen, dass ihr Produkt von der Mineralölsteuer befreit werde. Nur dann könne Biosprit mit heutigem Benzin oder Diesel konkurrieren. Diese Versuche sind gut gemeint. Aber die Voraussetzung, genug Biomasse aus dem Wald zu bekommen, sind begrenzt. Dr. Wolfgang Ständer aus München, Spezialist für C4-Gräser: "Das ist eine halbe Sache. Nur durch den Ausbau von C4-Gräsern im großen Stil werden wir den Durchbruch schaffen. Wir brauchen endlich ganzheitliche Konzepte. Schilfgras statt Atom." (Franz Alt: Newsletter von der Sonnenseite; 11.06.2002)

Solarkapazität soll in Deutschland von 350 auf 1.000 MW Leistung steigen

Die rot-grüne Koalition hat am 5. Juni beschlossen, den 350 Megawatt-Kapazitätsdeckel bei der Solarstromerzeugung auf 1.000 MW anzuheben. Das Inkrafttreten ist nicht von der Zustimmung der Länder im Bundesrat abhängig. "Dieser Schritt ist längst überfällig und gibt vor allem der Herstellerindustrie die erforderliche Planungssicherheit", sagte Dr. Norbert Allnoch, Leiter des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR) in Münster. "Wir dürfen die Solarenergienutzung nicht allein auf den Beitrag zum Klima- und Umweltschutz reduzieren. Es gilt, den Produktionsstandort Deutschland für die Herstellung und Produktion regenerativer Energietechniken attraktiv zu halten, damit von hier aus u.a. Solarzellen in die ganze Welt exportiert werden können", erläuterte Allnoch weiter.

Ganz ähnlich setzt auch bereits Japan auf die industrie-wirtschaftlichen Chancen und den Export von Solarzellen. Im Land der aufgehenden Sonne stehen derzeit die weltweit größten Produktionskapazitäten für Solarzellen. Allnoch: "Es ist wichtig, dass sich in Deutschland bereits in einem frühen Entwicklungsstadium einer neuen technologischen Entwicklung ein Netzwerk aus Herstellerindustrie, Zulieferer und Wissenschaft bilden kann. Nur das sichert die Arbeitsplätze von morgen." Der Weltmarkt für Solarzellen weist derzeit jährliche Wachstumsraten um die 40 Prozent auf. Allein im letzten Jahr wurden weltweit neue Solarzellen mit einer Leistung von rd. 400 MW installiert. Mit zunehmendem Marktvolumen und größeren Produktionsfabriken erwartet das IWR auch einen Rückgang der Kosten für den Solarstrom (B.A.U.M. @-Mail News Nr. 24; 18.06.02).

Naturschutz bei Windkraft auf See stärker berücksichtigen

Die Planung und der Bau von Windparks in Nord- und Ostsee bergen für die potenziellen Betreiber eine Reihe juristischer Fallstricke. Zu diesem Ergebnis kommt ein von NABU und WWF am 07.06.02 in Hamburg vorgestelltes Rechtsgutachten der Kanzlei v. Döhren und Mohr. Für eine umweltverträgliche Einführung der Offshore-Windenergie müssen nationale und internationale Verpflichtungen zum Meeresschutz stärker in den Genehmigungsverfahren für Windparks berücksichtigt werden. Es sei nötig, die Seeanlagenverordnung als Genehmigungsgrundlage für Windparks in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) erneut zu novellieren.

Damit durch die Genehmigung von Windparks nicht voreilig Tatsachen geschaffen werden, fordern NABU und WWF einen Stopp für die laufenden Genehmigungsverfahren, bis die Umweltauswirkungen sicher einzuschätzen sind und umweltverträgliche Standorte vorliegen. Die Umweltschutzorganisationen wollen Pilotvorhaben, damit Auswirkungen auf die Natur gründlich erforscht und bewertet werden können. Sie verweisen dabei auf das Gutachten der Hamburger Kanzlei v. Döhren und Mohr, wonach die Anwendung des Vorsorgeprinzips zum Meeresschutz völkerrechtlich geboten sei. Für WWF und NABU sind allerdings ökolo-

gisch wertvolle Gebiete auch für Pilotvorhaben tabu. "Nationalparke sowie potenzielle und gemeldete europäische Naturschutzgebiete sind definitiv Ausschlussgebiete für die Offshore-Windenergie-Nutzung", so Ingo Ludwichowski vom NABU. "Die Goldgräberstimmung in der Windenergiebranche bereitet uns Bauchschmerzen, weil klar wird, dass der gesetzliche Rahmen für einen koordinierten, umweltverträglichen Ausbau nach wie vor fehlt. Zu befürchten ist ein Wildwuchs von Windparks auf dem Meer mit weitgehend ungeklärten Risiken z.B. für Zugvögel und Meeressäuger", stellt Beatrice Claus vom WWF fest. Die Naturschützer treten deshalb dafür ein, dass außerhalb von Eignungsflächen für Windparks keine Windkraftanlagen gebaut werden dürfen. Obwohl die Investitionsanreize des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) zu umfangreichen Offshore-Planungen geführt haben, habe es der Gesetzgeber nach Ansicht des Gutachters versäumt, mit der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und der Seeanlagenverordnung bereits laufende Antragsverfahren ausreichend rechtlich zu integrieren. Problematisch seien insbesondere Anträge für Gebiete, für die eine Ausweisung als Schutzgebiet möglich erscheint (ECO-News vom 11.06.2002).

Bundesumweltministerium fördert Stromerzeugung aus Erdwärme mit 11 Millionen Euro

Die Bundesregierung will die Stromgewinnung aus Erdwärme in den kommenden Jahren massiv fördern. Insgesamt 11 Millionen Euro fließen aus dem Investitionsprogramm des Bundesumweltministeriums in die Erforschung dieser erneuerbaren Energiequelle. "Neben Wind, Wasser, Sonne und Biomasse kann die Geothermie einen wichtigen Beitrag für die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien leisten", sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin bei der Eröffnung einer Fachtagung zur geothermischen Stromerzeugung in Landau/Pfalz.

Das Förderprogramm soll bis Ende 2003 die Möglichkeiten und den Anteil der geothermischen Stromerzeugung im Spektrum der erneuerbaren Energien aufzeigen. Das Geld fließt in insgesamt sieben Projekte, mit denen neue geotechnische Aufschluss- und Verfahrenstechnologien unter Tage entwickelt werden. Dabei kann stellenweise auf die Erfahrungen der Erdöl- und Erdgasexploration zurückgegriffen werden. Gleichzeitig sind im obertägigen Bereich die bestehenden Verfahrenstechnologien zur Umwandlung geothermaler Energie in Strom weiter zu vervollkommen. Mit dem Forschungsprogramm werden besonders die geothermischen Perspektiven für Räume im Oberrheingraben, im Voralpengebiet, im Norddeutschen Flachland sowie im Süddeutschen Raum untersucht. Die Bundesregierung strebt den kontinuierlichen und stufenweisen Ausbau der erneuerbaren Energien an. Bis zur Mitte des Jahrhunderts soll nach Vorstellungen des Bundesumweltministeriums mindestens die Hälfte des Energiebedarfes aus erneuerbaren Energien abgedeckt werden. Zwischenziel bis 2020 ist ein Anteil von erneuerbaren Energien von 20 Prozent am Stromverbrauch und 10 Prozent am Gesamtenergieverbrauch (BMU Pressedienst Nr. 144/02).

Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland

100 Tage vor dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hat der Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung kritisch Bilanz gezogen. "Der Gipfel von Rio 1992 hat mehr versprochen als in den letzten zehn Jahren gehalten wurde", resümierte der Vorsitzende des Rates, Volker Hauff, am 13. Mai auf dem deutschen Nachhaltigkeitskongress in Berlin. Es sei bisher nicht gelungen, den Megatrend Globalisierung mit dem politischen Gestaltungsansatz der Nachhaltigkeit zu verbinden. Eine Nachhaltigkeitspolitik sei bisher über erste Ansätze nicht hinausgekommen, so Volker Hauff. Er hoffe, dass der Weltgipfel vor allem die Grundlagen dafür schaffen werde, die Weltwirtschaft nachhaltig zu gestalten. Von der Bundesregierung wünschte sich Hauff, sie solle das Motto des Kongresses "Der nächste Schritt" aufgreifen.

Nach der Verabschiedung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie solle nun ein Regierungsprogramm zur Umsetzung und politischen Ausgestaltung erarbeitet werden.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, wies auf die gewachsene Verantwortung der Wirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung hin. Sie sei die Grundlage des langfristigen wirtschaftlichen Erfolges, insbesondere für international operierende Unternehmen. Klaus Töpfer, Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und Mitglied des Nachhaltigkeitsrates, unterstrich die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung für die internationalen Beziehungen. Nachhaltigkeit sei das Fundament einer vorsorgenden Friedenspolitik, so Klaus Töpfer.

Bundeskanzler Gerhard Schröder bedankte sich in seiner Ansprache vor den 600 Kongressteilnehmern beim Nachhaltigkeitsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Er griff den Vorschlag des Rates zur Bildung einer Weltkommission "Nachhaltigkeit und Globalisierung" auf und sagte die Unterstützung der Bundesregierung für diese Initiative auf UN-Ebene zu. Als wichtige Leitlinien der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bezeichnete er die Generationengerechtigkeit, eine gute Lebensqualität, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die internationale Verantwortung. Er bekräftigte das Ziel der Bundesregierung, die Energieeffizienz in Deutschland bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 zu verdoppeln.

In neun Foren diskutierten die Teilnehmer des Kongresses mögliche nächste Schritte in verschiedenen Politikbereichen wie Bildung, Kunst und Kultur, Arbeit und Ernährung. Damit unterstrich der Rat seine breite Herangehensweise an das Thema Nachhaltigkeit.

Zur Frage der Umsetzungsstrategie von Innovationen in den Markt führte Prof. Dr. Maximilian Gege in der Diskussion aus: "Was nutzt es, wenn die Industrie innovative Produkte entwickelt und der Konsument letztlich das Produkt nicht oder nur ungenügend nachfragt/kauft? Es gibt bereits exzellente, innovative Produkte wie z. B. 3-Liter-Auto, Niedrigenergiehäuser, Sparlampen, Solaranlagen u.v.a., die viel intensiver nachgefragt, d. h. gekauft werden sollten mit dann beträchtlichen Impulsen für die Nachhaltigkeit. Die Konsequenz hieraus ist: wir müssen die sozial-ökologische Forschung intensivieren und die Kommunikationsstrategien verbessern, so wie dies z. B. mit der sehr erfolgreichen Kampagne "Solar - na klar!" gelungen ist." Prof. Dr. Gege erläuterte auch die erfolgreiche Kampagne "Solar - na klar!" und schlug ein Millionen-Dächer-Programm vor. Durch höhere Stückzahlen würden sich günstigere Produktionskosten und Preise sowie neue Arbeitsplätze, eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und wichtige Beiträge zum Klimaschutz ergeben.

Die "Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland" der Bundesregierung liegt jetzt als fertige Dokumentation vor. Die Erarbeitung der Strategie erfolgte im Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter Leitung des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Bury. Ihm gehören die Staatssekretäre aus den Ressortbereichen Finanzen, Wirtschaft, Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeit und Soziales, Auswärtiges Amt, Verkehr, Gesundheit, Bildung und Forschung sowie Entwicklungszusammenarbeit an. Die Bundesregierung wird in diesem Prozess aktiv vom Rat für nachhaltige Entwicklung unterstützt, welchem 17 Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Länder und Gemeinden, Internationales und Entwicklung, Kirchen, Gewerkschaften, Wissenschaft sowie Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft angehören. Vorsitzender des Rates ist Bundesminister a. D. Dr. Hauff. Der Rat hat den Prozess mit konkreten Beiträgen zur Strategie und zu praktischen Pilotprojekten aktiv unterstützt. Viele dieser Vorschläge sind direkt in die Fertigstellung der Strategie eingeflossen. Die Bundesregierung legte im Dezember 2001 einen Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vor. Dieser stand im Mittelpunkt des im Frühjahr 2002 durchgeführten und breit angelegten Dialog- und Konsultationsprozesses mit den gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen BürgerInnen zur nachhaltigen Entwicklung. Zahlreiche schriftliche Stellungnahmen zum Strategieentwurf aus den verschiedensten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ideen und Anregungen von der breiten Öffentlichkeit über das Internet-Forum www.dialog-nachhaltigkeit.de waren Ausdruck des gesellschaftlichen Diskurses zu einer nachhaltigen Entwicklung und sind in die Überarbeitung der Strategie eingeflossen. Ergänzt wurde dieser Dialog durch direkte Konsultationsrunden mit Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsverbänden, Landwirtschafts- und Verbraucherverbänden sowie Wissenschaft und Kirchen. In die vorliegende, vom Kabinett beschlossene Strategie sind zahlreiche Vorschläge aus dem Konsultationsprozess aufgenommen worden (B.A.U.M.-@-News Nr. 24, 18.06.2002).

Weitere Informationen wie z.B. die Redetexte von Bundeskanzler Schröder, Volker Hauff und Prof. Dr. Norbert Walter finden Sie unter: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>.

„Strategie für Deutschland- Auftrag für Johannesburg“

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Rede „Strategie für Deutschland- Auftrag für Johannesburg“ auf dem Kongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 13. Mai 2002 in Berlin über Effizienzrevolution gesprochen. Laut Schröder habe die Bundesregierung hierfür langfristige Rahmenbedingungen geschaf-

fen. Die Ökosteuer führt Schröder als erstes Beispiel an. Herr Schröder, haben sie nun auch erkannt, dass nur eine langfristige Fortführung der Ökosteuer eine Effizienzrevolution bringt? Lesen Sie einen Auszug aus seiner Rede:

„[...] Für uns ist eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und natürlichen Ressourcen der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Das gilt eben nicht nur national. Das muss auch weltweit gelten. Übrigens darf man darauf ja auch gelegentlich einmal mit Stolz hinweisen, weil dahinter eine ganz bestimmte Leistung liegt: Schon heute liegt Deutschland bei der Energieeffizienz an der Spitze der Industriestaaten. In der Nachhaltigkeitsstrategie haben wir die Latte noch höher gelegt: Bis 2020 wollen wir die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Mit diesem Ziel lösen wir einen Innovationsschub aus.

Auch das gilt es, einmal zu unterstreichen, weil denen, die über Nachhaltigkeit reden und das in den Mittelpunkt ihres politischen Wollens stellen, ja gelegentlich vorgeworfen wird, sie hätten nichts übrig für Arbeitsplatzargumente: Wir schaffen damit einen Innovationsschub, der auch zu neuen Arbeitsmöglichkeiten führt. Wir haben bei den Programmen, die wir zur Stützung und zum Anschub der erneuerbaren Energieträger formuliert und durchgesetzt haben, immer wieder gemerkt, wie arbeitsplatzintensiv diese Programme wirken können und gewirkt haben.

Ich bin in einem sicher: In Zukunft werden Ressourcen- und Energieeffizienz weltweit die Markenzeichen dauerhaft erfolgreicher Marktwirtschaften sein. Wer heute nicht die Grundlagen legt, wird im internationalen Wettbewerb zurückfallen und den Menschen im eigenen Land, auch denen, die Angst um Arbeitsplätze und Arbeitsmöglichkeiten haben, Steine statt Brot geben.

Unsere Strategie jedenfalls ist und bleibt konsequent: Mit der Ökosteuer, der massiven Förderung von Kraft-Wärme-Koppelung, der Brennstoffzelle und vor allem durch die Vereinbarungen mit der Wirtschaft zum Klimaschutz haben wir die Weichen gestellt, um die Energieeffizienz langfristig zu sichern. Ich denke, das gilt es, auch in den kommenden Wochen und Monaten zu verteidigen. Diejenigen, die heute ankündigen, sie wollten diese Strategie, die ja in einem gesteuerten und geplanten Prozess auf die Verwendung von Kernenergie zur Stromproduktion verzichtet, wieder rückgängig machen, schaden der Realisierung der Klimaschutzziele und nutzen ihnen nicht [...]“

Die vollständige Rede von Bundeskanzler Schröder finden Sie unter:

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/index.html>

Wiederaufnahme der Klimagespräche kurz vor dem Johannesburg-Gipfel

Zehn Jahre nachdem auf dem Erdgipfel von Rio die Konvention über Klimawandel zur Unterschrift aufgelegt worden war, trafen die Delegierten der 186 Vertragsstaaten am 5. Juni zu einer weiteren Gesprächsrunde in Bonn zusammen, um Fortschritte der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der globalen Erwärmung zu erörtern. Bei dem Treffen wurde die Tagesordnung für die kommende Vertragsstaatenkonferenz der Konvention ausgearbeitet, die vom 23. Oktober bis 1. November in New Delhi/Indien abgehalten wird.

"In den ersten zehn Jahren der Konvention lag das Schwergewicht der globalen Verhandlungen auf der Ausarbeitung von Regeln für ihre Umsetzung", betonte die Exekutivsekretärin der Konvention, Joke Waller-Hunter. "Jetzt stehen wir vor der Herausforderung, diese Regeln anzuwenden und die Frage des Klimawandels in den Mittelpunkt der nationalen Politik und des Handelns von Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu rücken. Eine wirksame Klimapolitik kann zum Fortschritt auf all den Gebieten beitragen, für die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan dringendes Handeln auf dem bevorstehenden Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg angemahnt worden war: Wasser, Energie, Gesundheit, Landwirtschaft und Artenvielfalt.“

Frau Waller-Hunter hat ihr neues Amt an der Spitze des Klimasekretariats am 1. Mai 2002 angetreten. Davor war sie in leitender Funktion für die Kommission der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und dann in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), als Leiterin der Umweltabteilung, tätig. Dass Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimawandels einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten können, hat die von der letzten Vertragsstaatenkonferenz im November 2001 in Marokko verabschiedete und an den Johannesburggipfel gerichtete "Ministererklärung von Marra-

kesch" betont. Darin sprachen sich die Minister vor allem für den weiteren Aufbau von Kapazitäten, für technologische Innovationen und die Zusammenarbeit mit den Konventionen über Artenvielfalt und Wüstenbildung aus. Die Bonner Gespräche erhielten einen besonderen Auftrieb durch die Bekanntgabe der Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch die Europäische Union.

Das Nebenorgan der Konvention für Durchführungsmaßnahmen (SBI) befasste sich mit den Mitteilungen der Vertragsstaaten, der Überarbeitung der sogenannten Finanzierungsmechanismen, einem Bericht der Expertengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder, sowie mit den Vorbereitungen für den Johannesburg-Gipfel. Zur Diskussion stand auch die Umsetzung des Amtssitzabkommens zwischen den Vereinten Nationen und der deutschen Bundesregierung. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an detaillierten Plänen für die Schaffung eines "UNO Campus" in Bonn, mit einem Konferenzzentrum und anderen Einrichtungen. Das Nebenorgan für wissenschaftliche und technische Untersuchungen (SBSTA) erörterte den Dritten Lagebericht des Zwischenstaatlichen Beirats für Klimawandel (IPCC) und wendete sich methodischen Fragen, der Entwicklung und Übertragung von Technologien, guten Praktiken in Politik und Umsetzung und der Notwendigkeit der Koordination der Arbeiten an HFCs und PFCs (Chemikalien, die sowohl das Klima als auch das Ozon in der Stratosphäre beeinflussen) mit dem Montrealer Protokoll über den Schutz der Ozonschicht zuwenden (Pressemitteilung des UNFCCC; Bonn, 04. Juni 2002).

Deutschland auf dem Prüfstand durch sogenannte Entwicklungsländer: Geburtenkontrolle für Autos

"Drehen wir den Spieß einmal um" dachte sich die Heinrich-Böll-Stiftung und lud Fachleute aus Entwicklungsländern ein, einen kritischen Blick auf den Stand der Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland zu werfen. Fünf Umweltexperten aus Chile, Kenia, Mexiko, Indien und Jordanien bereisten in den letzten neun Monaten mehrmals die Bundesrepublik. Was sie berichten, erfahren Sie unter

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/20-06-02_08

UmweltMobilCheck der Deutschen Bahn geht online

Die Deutsche Bahn AG bietet auf ihrer Website <http://www.bahn.de> eine neue Servicefunktion für umweltbewusstes Reisen mit dem Button "UmweltMobil-Check" im Fenster der Reiseauskunft an. Nach Eingabe von Abfahrts- und Zielort wird per Mausclick eine persönliche Ökobilanz für die Reise von Haus zu Haus auf Basis von Energieverbrauch und Emissionen errechnet und grafisch dargestellt. Der UmweltMobilCheck ist damit eine Ergänzung zum MobilCheck: Er ermöglicht einen objektiven Vergleich von Energieverbrauch, Umweltauswirkungen und Reisedauer zwischen Bahn und Pkw. Außerdem lassen sich mit dem Button MobilCheck die Kosten vergleichen.

Mit dem UmweltMobilCheck soll ein solides Faktenwissen über die Vorteile des Systems Bahn auch im Klimaschutz aufgebaut werden. "Die Bahn setzt mit umgerechnet 2,7 Litern je 100 Kilometer im Fernverkehr den Maßstab in Punkto umweltfreundlicher Mobilität. Forschungsfahrzeuge, Brennstoffzellenantrieb oder die Marktnische Sparautos verschleiern den Blick auf den nach wie vor sehr hohen durchschnittlichen Benzinverbrauch", so Heinrich Strößenreuther, Leiter Umweltmanagement im Unternehmensbereich Personenverkehr der DB. Der UmweltMobilCheck ist nicht nur ein geeignetes Hilfsmittel, um die Umweltauswirkungen von Mobilitätsentscheidungen transparent zu machen, sondern errechnet neben Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emissionen auch zusätzlich Schadstoffemissionen wie beispielsweise Stickoxide. An Hand der ermittelten Daten können Reisende sich vergewissern, dass sie neben den Vorteilen der Bahn noch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Für die noch Unentschiedenen zeigen die Grafiken deutlich, ob Bahn oder Pkw unter Umweltgesichtspunkten der Vorzug gegeben werden sollte. Links führen zu Hintergrundtexten, Erklärungen von Umweltfachbegriffen oder zur wissenschaftlichen Hintergrundstudie des IFEU-Instituts für Energie- und Umweltforschung. Diese Zusatzinformationen stehen auch als Downloads zur Verfügung. Mit der Integration der Mobilitätsbilanz in die Online-Reiseauskunft wendet sich die Bahn nicht nur an umweltbewusste Reisende: So können etwa im Geschäftsreisebereich die Umweltvorteile der Bahn einfach bilanziert werden. Für Unternehmen, die ihre Umweltverträglichkeit nach der neuen Öko-Audit-Verordnung auch im Verkehrsbereich prüfen lassen müssen, können damit einfach Analysen und Maßnahmenprogramme erarbeitet werden. Mehr Infos dazu gibt es unter <http://www.bahn.de/umweltmobilcheck>.

(B.A.U.M. @-Mail News Nr. 24, 18.06.02).

Granit aus China - eine "Schande für Bayern"

Als "Schande für Bayern" bezeichnet Frank Kubitschek, Inhaber der gleichnamigen Granit- und Schotterwerke in Fürstenstein (Lkr. Passau), die Entscheidung des Bayerischen Finanzministeriums, das neue Terminal am Münchner Flughafen mit chinesischem Granit auszustatten. Der qualitativ gleichwertige Naturstein aus dem Bayerwald zog gegenüber dem asiatischen Produkt beim Angebotsvergleich den Kürzeren und fiel bei der Auftragsvergabe aus dem Rennen. Aus Kostengründen, stellte Finanzminister Kurt Faltlhauser klar: "Es bestand ein Preisunterschied in Millionenhöhe"

In keinem anderen europäischen Land wäre so etwas möglich", wettet Frank Kubitschek. Die Franzosen etwa, die Spanier, Portugiesen oder Italiener würden alles dafür tun, bei nationalen Prestigebauten wie Flughäfen heimisches Material zu verwenden: "Ausländischer Naturstein käme da niemals in Frage - schon aus Nationalstolz nicht."

Seinen Unmut drückt Kubitschek auch in einem Schreiben an Staatsminister Erwin Huber aus: "Anscheinend hat unsere Landesregierung die Unterstützung der Granitindustrie im Bayerwald aufgegeben und lässt jetzt Importen aus Billiglohnländern den Vortritt." Kubitschek macht sich vor allem Sorgen um die Arbeitsplätze in seiner Branche: "Unsere Zunft hat keine Zukunft, wenn es noch mehr solche Entscheidungen gibt." Schon im vergangenen Jahr sei hochwertiger Granit aus dem Bayerwald abgelehnt worden: Die Innenstadt von Bad Tölz wurde mit Naturstein aus Osteuropa gepflastert (Passauer Neue Presse, 15.01.02).

6. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Europäische Umweltverbände vereinbaren Aktionen zur EU-Energiesteuer-Harmonisierung

Bei einem gemeinsamen Workshop des Europäischen Umweltbüros EEB und des BUND am 28./29. Juni in Berlin vereinbarten die Ökosteuer-ExpertInnen von 17 europäischen Umweltverbänden gemeinsame Aktionen, um die EU-Regierungschefs in der zweiten Jahreshälfte zu der längst überfälligen Harmonisierung und Erhöhung der Energiesteuern in Europa zu drängen. Nachdem die spanische EU-Präsidentschaft den Stein in der ersten Jahreshälfte wieder ins Rollen gebracht hatte, soll unter der dänischen Präsidentschaft bis zum Jahresende eine Einigung erzielt werden.

Auf dem Programm des eineinhalbtägigen Workshops standen außerdem folgende Punkte:

- Diskussion mit dem Tourismusminister der Balearen über die ecotasa
- Vortrag von Michael Thöne, Universität Köln, über die Auswirkungen des EU-Umweltbeihilferahmens auf die Ökosteuer-Gesetzgebung in EU-Mitgliedsstaaten
- Berichte des EEB und der nationalen Umweltverbände über Presse- und Lobbyaktivitäten

Diskussion mit dem Tourismusminister der Balearen über die Ecotasa

Seit Mai 2002 gibt es die Ökosteuer auch auf den Balearen. Obwohl die Bild-Zeitung versuchte, die Deutschen gegen die "Mallorca-Steuer" aufzubringen, unterstützen in Umfragen 70% der Touristen die Steuer. Die balearische Ecotasa wird korrekt eigentlich als ökologische Tourismussteuer bezeichnet. Während bei der deutschen ökologischen Steuerreform das Aufkommen in Form gesenkter Rentenbeiträge an die Bevölkerung zurückgegeben wird, verwenden die Balearen das Geld zur Wiedergutmachung ökologischer Schäden des Tourismus. Im Durchschnitt 1 Euro pro Übernachtung zahlen die Urlauber. Das Geld wird beispielsweise für die modellhafte Sanierung aufgelassener Steinbrüche an der Playa de Palma und für die Wiederherrichtung von Trockenmauern entlang eines Radweges von Playa de Palma nach Campos verwendet. In Son Serra de Marina werden mehrere Bauruinen abgerissen, die Baulizenz zurückgezogen und das Gelände renaturiert. Die Einzelprojekte werden durch übergreifende Maßnahmen wie die Errichtung eines Radweges und Auflagen für Energie- und Wassereinsparung in den Hotels ergänzt.

Weitere Informationen: <http://www.ecotaxa.org/index.de.html>

Vortrag von Michael Thöne

Michael Thöne vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut stellte eine Studie über die Auswirkungen des EU-Umweltbeihilferahmens auf die Ökosteuer-Gesetzgebung in EU-Mitgliedsstaaten vor. Darin wird kritisiert, dass der EU-Beihilferahmen den Mitgliedsstaaten Restriktionen auferlegt, wenn sie bei der Einführung nationaler Ökosteuern die Industrie durch Gewährung großzügiger Ermäßigungen vor Wettbewerbsverzerrungen schützen wollen. Während die Kommission das Problem der Wettbewerbsverzerrungen vorrangig aus der Binnenperspektive der Mitgliedsstaaten und unter juristischen Gesichtspunkten prüft, stellt das FiFo in seinem Gutachten eine ökonomische Betrachtungsweise entgegen: Solange es keine EU-weite Harmonisierung der Energiesteuern gebe, müssten die Mitgliedsstaaten in der Lage sein, bei der nationalen Einführung von Ökosteuern ihre Industrien vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen. Andernfalls wirke sich der Beihilferahmen als Anreiz aus, auf die nationale Einführung oder Erhöhung von Ökosteuern zu verzichten. In Deutschland, Frankreich und Österreich hatte die EU-Kommission die Ausgestaltung der Ermäßigungen für die Industrie bemängelt.

In der anschließenden Diskussion wurde allerdings eingewandt, dass im Beispiel Deutschlands der Druck der EU-Kommission auf die Bundesregierung sehr heilsam gewesen sei. Nur dank des Drucks der Kommission wird ab 2004 rechtlich geregelt, dass die hohen Ökosteuer-Ermäßigungen (Nettobelastungsausgleich) nur noch gewährt werden dürfen, wenn die Industrie die Klimaschutzvereinbarung einhält.

Weitere Informationen: <http://www.wiso.uni-koeln.de/finanzfors/mitarb/thoenefors.htm>

Berichte des EEB und der nationalen Umweltverbände über Presse- und Lobbyaktivitäten

Ein aktuelles Update über die Ökosteuer-Aktivitäten der Umweltverbände in Europa ist zu finden auf der Website des EEB: <http://www.ecotax.info>

7. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

„Der Ökosteuer- Newsletter ist eine wahre Bereicherung und führt auf verständliche Weise in das nach wie vor richtige Thema Ökosteuer ein.“ (T.B. aus Hamburg)

8. KURZMELDUNGEN

Bundesrat fasst Beschlüsse zum Schutz der Umwelt

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 31.05.2002 eine Reihe von Umweltvorschriften gebilligt. Darunter Beschlüsse zur Luftreinhaltung:

Mit den beschlossenen Änderungen von Luftreinhaltevorschriften (7. Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Novelle der 22. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung) werden ab diesem Sommer anspruchsvolle Immissionsgrenzwerte eingeführt, deren Einhaltung die Luftqualität in Deutschland deutlich verbessern wird. Dabei handelt es sich um die Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Feinstaub, Blei, Benzol und Kohlenmonoxid. Die Grenzwerte dürfen spätestens ab 2005 bzw. 2010 nicht mehr überschritten werden. Dazu sind - insbesondere bei Feinstaub und Stickstoffdioxid - Anstrengungen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes sowohl in Anlagen als auch im Verkehr notwendig. Ferner wird die Information der Öffentlichkeit über die aktuelle Situation der Luftqualität weiter verbessert.

Darüber hinaus wurden neue Schwefelgrenzwerte für Heizöl beschlossen. Ab Januar 2003 wird der Schwefelgehalt bei schwerem Heizöl auf 1,0 Prozent begrenzt, bei leichtem Heizöl soll der Wert ab 2008 auf 0,1 Prozent halbiert werden. Dies wird die SO₂-Belastung in Deutschland deutlich vermindern. Die Novelle der

3. Bundes-Immissionsschutzverordnung enthält außerdem eine Kennzeichnungsregelung für schwefelarmes Heizöl (50ppm - parts per million). Diese Heizölqualität erlaubt den Einsatz moderner und umweltfreundlicher Brennwert-Ölheizungsanlagen. Sie verbrauchen bis zu einem Drittel weniger im Vergleich zu Altanlagen (BMU Pressedienst Nr. 124/02).

Umweltmüdigkeit? Von wegen!

Ein Leben in gesunder Umwelt ist den Deutschen für die Zukunft ihrer Kinder fast ebenso wichtig wie Ausbildung oder Arbeit - und sogar wichtiger als finanzielle Absicherung.

Dies ergab eine repräsentative Umfrage der Umweltstiftung World Wide Fund for Nature (WWF). Danach halten 99 Prozent der Menschen in Deutschland einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz für ihre Kinder für wichtig oder sehr wichtig, ein Leben in gesunder Umwelt 98 Prozent. Finanzielle Sicherheit liege 89 Prozent der Menschen besonders am Herzen. Das berichtete der WWF-Deutschland am 21.4. In dessen Auftrag hatte das Meinungsforschungsinstitut INRA (Möln) im April 1500 Bundesbürger befragt.

(B.A.U.M. @-Mail News Nr. 24; 18.06.02)

UBA: Umweltsituation in Deutschland auf einen Blick

In vielen Bereichen hat sich die Umweltsituation in Deutschland verbessert, aber noch längst sind nicht alle Umweltprobleme gelöst. Dies geht aus den "Umweltdaten Deutschland 2002" hervor, die das Umweltbundesamt und das Statistische Bundesamt gemeinsam veröffentlicht haben. Die 56-seitige Broschüre informiert knapp und anschaulich über die Umweltsituation in Deutschland. Zum Beispiel nehmen die Siedlungs- und Verkehrsflächen noch übermäßig zu und der Kraftfahrzeugbestand steigt weiter. In der Landwirtschaft werden seit 1994 wieder mehr Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Positive Entwicklungen gibt es vor allem im Klimaschutz: Die Treibhausgasemissionen sind rückläufig und der Anteil erneuerbarer Energien wächst. Weitere Themen des handlichen Nachschlageheftes sind die Schonung natürlicher Ressourcen und Abfallvermeidung, Gesundheits- und Verbraucherschutz und Erhalt der biologischen Vielfalt.

"Umweltdaten Deutschland 2002" berichtet in Zahlen und Grafiken über Beeinträchtigungen der Umwelt, Veränderungen der Umweltqualität und Wirkungen auf die menschliche Gesundheit. Die Broschüre informiert darüber hinaus über Maßnahmen und Ziele, die den Umweltzustand in Deutschland verbessern sollen. Auch globale Umweltprobleme, an deren nachhaltiger Lösung Deutschland mitarbeitet - zum Beispiel die Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes - werden betrachtet. Die Umweltthemen wurden mittels aussagekräftiger und nachvollziehbarer Indikatoren beschrieben, bewertet und nach der international üblichen Berichtstruktur geordnet.

Die Broschüre "Umweltdaten Deutschland 2002" ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt (UBA), Zentraler Antwortdienst (ZAD), Bismarckplatz 1, 14193 Berlin, Fax: 030/89 03-2912 und beim Statistischen Bundesamt (StBA), IVB, 65180 Wiesbaden, Fax: 0611/75-3971.

Das Heft kann im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de> oder <http://www.destatis.de>, Thema: Umwelt, heruntergeladen oder bestellt werden. Die englische Fassung "Environmental Data for Germany 2002" ist ab Mitte Juli 2002 erhältlich (Presseinformation des Umweltbundesamtes, 17.06.2002).

Biodiesel boomt

Es gibt immer mehr Biosprit-Tankstellen in Deutschland, Ende 2001 waren es etwa 1200. Im letzten Jahr wurden 480.000 Tonnen Biodiesel hierzulande verkauft. Die Branche geht davon aus, dass sich der Umsatz 2002 verdoppeln werde. Das würde bedeuten, dass in Deutschland schon drei Prozent am jährlichen Diesellabsatz aus nachwachsenden Rohstoffen entsteht. Biodiesel ist von der Mineralölsteuer befreit und deshalb preisgünstiger als fossiler Diesel; dieser kostet zirka € 0,84, Biodiesel € 0,75. In Österreich wird bereits 15 Prozent der Gesamtenergie aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen - über 10 Prozent des Dieserverbrauchs (Franz Alt: Newsletter von der Sonnenseite; 11.06.2002).

Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat folgende Publikationen herausgegeben:

- DAS JO'BURG-MEMO. OEKOLOGIE - DIE NEUE FARBE DER GERECHTIGKEIT (deutsch und

englisch)

Download: <http://www.joburgmemo.org/>

- WORLD SUMMIT PAPERS OF THE HEINRICH BOELL FOUNDATION,
NO. 9: THE ROAD TO JOHANNESBURG AFTER SEPTEMBER 11, 2001

Download: http://www.boell.de/de/04_thema/1324.html

- WORLD SUMMIT PAPERS OF THE HEINRICH BOELL FOUNDATION,
NO 10: GENDER AND SUSTAINABLE DEVELOPMENT

Download: http://www.boell.de/de/04_thema/1314.html

- WORLD SUMMIT PAPERS OF THE HEINRICH BOELL FOUNDATION,
NO 11: Generation Jo'burg

Download: http://www.boell.de/de/04_thema/1408.html

- WORLD SUMMIT PAPERS OF THE HEINRICH BOELL FOUNDATION,
NO 12: Generación Jo'burg (spanisch)

Download: http://www.boell.de/de/04_thema/1408.html

Alle Publikationen sind gegen Einsendung eines frankierten DIN-A4-Rückumschlages kostenlos bei der Stiftung erhältlich.

Bestelladresse: Heinrich-Boell-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Fon 030-285 34 0, Fax 030-285 34 109, Email <mailto:Info@boell.de>, Internet <http://www.boell.de>

Publikation: „Wohlstand entschleiern“

In dem Buch werden Konzepte vorgestellt und diskutiert, die die Nachhaltigkeit von Wachstum und Entwicklung sichern sollen. Ökologische, soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren - sie alle haben eine entscheidende Bedeutung bei der Planung einer nachhaltigen Zukunft. Dr. Peter Bartelmus ist Direktor der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und lehrt ökologische Ökonomik an der Bergischen Universität, Gesamthochschule Wuppertal.

Herausgegeben von Peter Bartelmus. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker. 144 Seiten. 10 sw Abbildungen, Kartonierte, 18,40 EUR

Zeitschrift: „Climate Policy“

Die Zeitschrift „Climate Policy“ des Elsevier-Science-Verlages bietet ein Forum für Forschung, Analyse, Rückblick und Diskussion für die verschiedensten Aspekte der Klimapolitik. Ziel der Zeitschrift ist es, eine komplexe, Politik bezogene Analyse des Klimawandels einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bestellung: Elsevier Science, Regional Sales Office, Customer Support Dept., P.O. Box 211, 1000 AE Amsterdam, The Netherlands, Tel: (+31) 20 485 3757, Fax: (+31) 20 485 3432, E-mail: <mailto:nlinf@elsevier.nl>

Nordhaus untersucht Klimaschutzmechanismen

Wir möchten sie auf den Artikel: „Nach Kyoto: Alternative Mechanismen zur Kontrolle der Erderwärmung“ von William D. Nordhaus aufmerksam machen, der in der Fachzeitschrift *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* erschienen ist. Der Artikel untersucht verschiedenen Ansätze der politischen und ökonomischen Kontrolle von globalen öffentlichen Gütern wie der Erderwärmung. Die Ausgabe der Zeitschrift (10/01) können Sie unter <http://www.et-energie-online.de/> bestellen.

9. SERVICE: JOBS

Foodwatch sucht Mitarbeiter

Die in Gründung befindliche Verbraucherorganisation "FOODWATCH" sucht in Berlin drei neue MitarbeiterInnen :

- "Unternehmertyp" ... verantwortlich für Fundraising und Organisation / Management
- "Strategietyp" ... verantwortlich für Ideen, Konzeptionen, Kampagnen, etc
- "Kommunikationstyp" ... verantwortlich für PR, Kommunikation etc

Alle drei Mitarbeiter arbeiten im Team mit dem Geschäftsführer .

Wer sich hierfür ernsthaft interessiert, kann sich an Ulf Dörner: <mailto:ulfdoe@aol.com> wenden.

Praktikum bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft

Das Institut für Interdisziplinäre Forschung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft bietet ein Praktikum ab 1. September 2002 oder später an.

Vorausgesetzt wird ein Studium der Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspädagogik oder Umweltwissenschaften

Aufgaben- und Einsatzfelder: Mitarbeit an Forschungsprojekten: Einführung von Umweltmanagementsystemen an Schulen, Einführung von Umweltmanagementsystemen in kirchlichen Einrichtungen, Nachhaltigkeitsindikatoren für Schulen, Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten, Erstellung von CD-ROMs zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsindikatoren in der Kommunalverwaltung

Kenntnisse: gute PC-Kenntnisse in Word 2000, Excel 2000, Powerpoint 2000, Recherchen im Internet und in Bibliotheken, Erstellung von Textvorlagen

Gehalt: 300 €

Bewerbungsfrist: schriftliche Bewerbung mit üblichen Lebenslauf bis spätestens 31. Juli 2002 an folgende

Adresse: Dr. Volker Teichert, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg, Fax: 06221-16 72 57, e-mail: <mailto:volker.teichert@fest-heidelberg.de>

Stellenausschreibungen bei Ecologic

Ecologic is seeking to employ Researchers/Projects Managers for the fields

- Economic Globalisation and Sustainable Development
- Environmental and Resource Economics.

Closing date: 25 July 2002

For more information, please refer to <http://www.ecologic.de/>.

Umweltforschungszentrum sucht wissenschaftliche Mitarbeiter

In der Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht am UFZ Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle sind im Zusammenhang mit zwei EU-Projekten, die im Herbst starten werden, halbe bzw. volle wissenschaftliche Mitarbeiterstellen ausgeschrieben worden. Gesucht werden engagierte und an interdisziplinärer Arbeit interessierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler.

Informationen bei: Dr. Irene Ring, Tel. 0341 - 235 2480, Email: <mailto:ring@alok.ufz.de>

10. SERVICE: LINKS

Erdgipfel für alle

Darauf haben sicherlich viele gewartet: "Earth Summit for All". Hinter diesem Namen verbirgt sich eine neue englischsprachige offene Diskussionsplattform zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. Sie soll alle Engagierten ansprechen, die vom geringen Erfolg des Rio+10-Prozesses in Bali und vorausgegangen

Treffen enttäuscht sind und den Prozess nicht den Regierungen überlassen wollen. Die von der "Open University of the UK" betreute, optisch ansprechende Plattform lädt ein, Diskussionen anzustoßen und internationale Netzwerke zu gründen.

<http://earthsummit.open.ac.uk>

Energie-Verbraucherportal

Informationen zum Energiesparen und zu Erneuerbaren Energien hat die Deutsche Energie-Agentur (dena) ins Netz gestellt. Der Verbraucher-Service informiert in über 20 Rubriken über Solar- und Windenergie, Strom sparen im Haushalt, energiesparendes Bauen und Heizen sowie Förderprogramme und Finanzierung. Das Portal erklärt, wie Wind entsteht, Solarwärme erzeugt wird und welche Energiespar-Labels es gibt. Es kann - je nach Vorwissen - zwischen Artikeln für EinsteigerInnen, Fortgeschrittene oder ExpertInnen ausgewählt werden. Eine kostenfreie Energie-Hotline beantwortet weitere offene Fragen. Mehr dazu: <http://www.thema-energie.de>

Aktueller Stand des DUX

Im Jahr 2000 stellte das UBA ein DUX genanntes Umweltindikatorensystem der Öffentlichkeit vor, mit dessen Hilfe der Zielerreichungsgrad wichtiger Umweltziele in einer Kenngröße (dem DUX) dargestellt werden kann. Hierzu wurden in sechs Umweltbereichen Umweltziele festgelegt, bei vollständiger Erreichung des Ziels erhält der Indikator 1.000 Punkte, somit können insgesamt 6.000 Punkte erzielt werden. DUX-Stand Febr. 2002 (in Klammern: 1998): Klima: 604 (505), Luft 682 (613), Boden -100 (-11), Wasser 295 (0), Energie 239 (164), Rohstoffe 82 (53). Daraus ergibt sich zur Zeit ein Gesamtindex von 1.802 Punkten (entspricht 30,0% der zu erreichenden Punktzahl), im Jahr 1998 betrug der DUX nur 1.324 (22,1%). Weitere Informationen finden sie unter: <http://www.umweltbundesamt.de/dux/>

Sachverständigenrat übergibt Gutachten an die Bundesregierung

Das Sondergutachten 2002 „Für eine Stärkung und Neuorientierung des Umweltschutzes“ ist beim Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) zu erhalten, Reichpietschufer 60, 10785 Berlin, Tel.030/263696-0.

Eine Kurzfassung ist im Internet unter <http://www.umweltrat.de> abrufbar.

Webbasierte Weiterbildung in Energiethemen

Mit dem Wissensportal Energie beschreitet die Energieagentur NRW neue Wege: Das Portal ermöglicht Kommunen, Unternehmen und Weiterbildungseinrichtungen kostenfrei Internetseminare zum Thema Energie durchzuführen. Zudem finden weiterbildungswillige Einzelpersonen virtuelle Seminare zu Erneuerbaren Energien oder zur Ökonomischen Energieverwendung. In virtuellen Diskussionsforen können zukünftig Fachthemen diskutiert werden. Ein Folienpool versorgt Referenten mit neuen Seminarmaterialien. Angeboten werden die Themen Photovoltaik, Thermische Solaranlagen, Energieeinsparverordnung sowie "ecobau24".

Mehr dazu: <http://www.wissensportal-energie.de>

Englische Studie des DIW zur ÖSR in Deutschland

Das DIW hat einen wissenschaftlichen Artikel über eine Studie des DIW und anderer, im Auftrag des Bundesministeriums, zur Ökologischen Steuerreform in Deutschland in englisch herausgegeben. Sie finden ihn unter:

<http://www.foes-ev.de/downloads/EnergyPolicy02.pdf>

Tax News Update

Das Center for a Sustainable Economy in Washington/USA gibt jede Woche einen kostenlosen Newsletter Tax News Update heraus, in dem über Umweltsteuern und steuerliche Anreize in den USA, aber auch internationale Entwicklungen berichtet wird. Nähere Informationen unter

<mailto:center@SustainableEconomy.org> und <http://www.SustainableEconomy.org>.

Zweiter Newsletter des EEB zur „Environmental Fiscal Reform“

Das *European Environmental Bureau* (EEB) hat seinen zweiten Newsletter zur „Environmental Fiscal Reform“ herausgegeben. Sie finden den alle zwei Monate erscheinenden Newsletter unter <http://www.ecotax.info/newsletter2%20.pdf>.

11. SERVICE: VERANSTALTUNGEN**17.08.-18.08.2002, Berlin: Tag der offenen Tür der Bundesregierung**

Zum 3. Mal sind nunmehr die Bürgerinnen und Bürger und die Gäste Berlins zum "Staatsbesuch" eingeladen. Am 17. und 18. August 2002 bittet die Bundesregierung zum "Tag der offenen Tür". Regieren ist Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Politik für sie transparent zu machen, ist Aufgabe guten Regierens. Sie sollen erfahren können: Nicht verwalten, sondern gestalten ist das Ziel der Politik. Eine gute Woche vor Beginn des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg wird dieses Thema auch den "Tag der offenen Tür" der Bundesregierung mitbestimmen. Gespräche mit Regierungsvertretern, Modellprojekte, konkrete Politikentwürfe aus den Ressorts zeigen, dass nachhaltige Politik möglich ist. Auch wenn jedes Ministerium seinen eigenen Beitrag zum "Staatsbesuch" präsentiert, gilt für alle Häuser das Wort von Bundeskanzler Gerhard Schröder: "Wir wollen zeigen, dass hier nicht geherrscht, sondern regiert wird."

Die Bundesregierung lädt ein zum Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt, im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie in 14 Bundesministerien. Weitere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie im Programmteil. Bitte achten Sie auf aktuelle Veröffentlichungen:

<http://www.bundesregierung.de/>

31.08.2002, Hannover: Bundesweiter Bauern- und Verbrauchertag

Der bundesweite Bauern- und Verbrauchertag soll zum Thema „Ökologisierung der Landwirtschaft“ auf dem EXPO-Gelände stattfinden. Dort soll auch das Thema Pestizid- und Düngemittelabgabe diskutiert werden.

Kontakt: Gerlinde Wiese, <mailto:Wiese.G@gmx.de>

12.09.2002, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft

An der Tagung im Umweltbundesamt, die anlässlich der Ausrufung des Tages der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft stattfindet, nehmen unter anderem Dr. Anselm Görres, Kai Schlegelmilch, Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger, Oswald Metzger MdB, Dr. Andreas Troge und Hans-Joachim Ritter teil.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Tel. 07272/3648, eMail: <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>

19.09.-20.09.2002, Trier: Die Finanzierung des Umweltschutzes

Die Europäische Rechtsakademie Trier lädt zur Tagung: „Die Finanzierung des Umweltschutzes“ ein.

Die Finanzierung des Umweltschutzes ist sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene immer noch ein ganz heikles Thema. Insbesondere unterschiedliche Finanzierungsansätze werden kontrovers diskutiert.

-LIFE

-Umweltsteuern

-Umweltgebühren

-Kohäsionsfond

-EIB-Subventionen

sind die wesentlichen Ansätze zur Finanzierung. Die Tagung soll diese Ansätze darstellen, untersuchen und diskutieren.

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter: http://www.era.int/www/de/c_3400.htm

30.09. - 1.10.2002, Berlin: Governance and Sustainability - Neue Herausforderungen für Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und die Friedrich-Ebert-Stiftung organisieren diese Tagung in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Sie findet in der in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin statt.

Anmeldung und Informationen: <http://www.ioew.de/governance> oder Claudia Nikschat, IÖW-Öffentlichkeitsarbeit, Tel: 030/884 59 416, e-mail: <mailto:konferenz@ioew.de>

08.10.2002, Copenhagen: European Experience, Development and Opportunities with Environmental Tax and Budget Reforms in DK and the EU

The Conference is taking place in Fællessalen at Christiansborg in Copenhagen

Preliminary PROGRAMME:

08.45 Registration

09.00 Welcome and presentation of the programme – Christian Ege / Henning Schroll – The Danish Ecological Council

09.10 Principles and perspectives in Environmental Tax Reforms – Chairman of the Danish Economic Council Jørgen Birk Mortensen (Accepted)

09.40 Presentation of a possible Danish Environmental tax reform – proposed by the Danish Ecological Council – Christian Ege – Director of the Danish Ecological Council (Accepted)

10.10 Presentation of the EEB European Campaign for an Environmental Fiscal Reform – Former EU Environment Commissioner and former Finance Minister of Greece Yannis Paleocrassas or EEB Director John Hontelez (Invited)

10.40 **Coffee break** – With coffee and tea

11.00 "Environmental Fiscal Reform in OECD Countries -- How to overcome the Competitiveness Obstacle" – Nils-Axel Braathen, National Policies Division, OECD Environment Directorate (Accepted)

11.40 What is achieved about ETR / EBR in EU under the Danish Presidency and what more is to be expected. The fate of the Monti-proposal for an EU-Directive for minimum taxation on energy use, which should be adopted at the EU-Council meeting in Copenhagen dec. 2002, according to the decision in Barcelona March 2002 – A competent person from the Danish Ministry of Taxation. (Head of Department Hans Larsen is invited and will find the right speaker)

12.15 Lunch

13.15 "What's going on in Germany - Germany's Environmental Fiscal Reform - policies, impacts and prospects" – Kai Schlegelmilch – BMU, The German Ministry for Environment (Accepted)

13.50 "What's going on in UK – CO₂ taxation on industry – Climate Change Levy and Aggregates Levy - How it's done and the experiences" – e.g. Andrew Field – HM Treasury (Invited – and will find the best speaker)

14.25 What's going on in The Netherlands - Graduated energy-taxation, subsidies for buying best available technology and results. – e.g. Coen Peelen – VROM, – The Dutch Ministry of Environment, Directorate for Strategy and Policy Affairs (Accepted but still in doubt if he or another person is going to come)

15.00 **Coffee break** – with coffee, tea and cake

15.20 Status on the work with the report "Environmental friendly market economy" – Director of the Danish Environmental Protection Agency Steen Gade – or a high official from either the Ministry of Taxation or the Ministry of Finance. (Invited)

15.50 Closing panel discussion with members of the Danish Parliament from the Liberals (Kristian Jensen, MP for Venstre), the Conservatives (Helle Sjelle, MP for Det Konservative Folkeparti), Social Democratic Party (Svend Auken, MP for Socialdemokratiet) and the Socialist Party (Aage Frandsen, MP for Socialistisk Folkeparti) (All invited)

Moderator: Christian Ege – The Danish Ecological Council (Accepted)

17.00 Latest ending time

1., 2. and 3. Session will be in English

4. Session will be in Danish

There will be no simultaneous translation

10.10.2002, Brüssel: Making prices work for the environment

Jährliche Tagung des European Environmental Bureau zum Thema Environmental Fiscal Reform.

DRAFT PROGRAMME

9.00 Registration

9.15 Opening by **Ralph Hallo**, President of the EEB

9.20 Key-note Speech by **Jacques Delors**, former President of the European Commission (*invited*)

[proposed] theme: "Making prices work for the environment": necessity and opportunities; the difficult road from ideas to practice, the need for political leadership, citizens mobilisation and acceptance by private interests"

10.00 Discussion with Mr. Delors, led by **Yannis Paleocrassas** (EEB, former Environment Commissioner and former Greek Minister of Finance, FÖS Advisory Board).

10.20 Coffee

10.50 PANEL ON: ENVIRONMENTAL FISCAL REFORMS IN THE EUROPEAN UNION: WILL WE SEE IT HAPPEN?

- Commissioner Margot Wallström
- Ministers of finance or environment of Denmark (Presidency), Greece (next Presidency), Belgium, Netherlands and Germany (countries with a pro-active approach) and Spain and UK (countries with concerns about the EU-draft directive).
- John Hontelez, Secretary General EEB

Short introductions on the following topics

- The role of environmental fiscal reform in the 6th Action Programme (Commissioner Wallström)
- The Presidency approach to succeed negotiation on the 1997 draft Energy Taxation directive (Minister Denmark)
- Objections to (elements of) environmental fiscal reform (Ministers Spain, UK)
- The need to make environmental fiscal reform part of the EU Strategy for Sustainable Development (Minister Papandreou, Greece)
- Opportunities and Limits for the bottom-up approach (Ministers Germany, Netherlands, Belgium)
- The EEB campaign (Hontelez)

Discussion between panellists and with the audience

13.00 Lunch**14.30 UNRAVEL THE COMPETITIVENESS ARGUMENT**

Introduction by **Yannis Paleocrassas**, (Elliniki Etairia, former EU Environment Commissioner, former Finance Minister of Greece) *on the nature and validity of the competitiveness argument to hinder or limit environmental fiscal reform in the EU and on the national levels.*

Responses by :

- Two or three representatives of Industries and Industry federations, including UNICE and the European Business Council for a Sustainable Energy Future
- Eric Carlslund, deputy Secretary General European Trade Union Confederation

Discussion with the audience

16.30 coffee break

17.00 ENSURING SOCIAL FAIRNESS IN ENVIRONMENTAL FISCAL REFORM

Expert speaker to be found

- Presentation and questions

Conclusions: MOVING ON WITH THE CAMPAIGN

John Hontelez, Secretary General EEB

28.10. – 30.10.2002, Loccum: Marktwirtschaftliche Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz

Zur Diskussion um eine "nachhaltige", insbesondere ökologische, Reform der staatlichen Steuerpolitik ist neuerdings aufgrund einer Initiative der Europäischen Union die Debatte um die Einführung handelbarer Lizenzen für die Emission von Treibhausgasen hinzugekommen. Das Symposium dient der Reflexion des erreichten Sachstandes in der wissenschaftlichen Grundlegung und Beobachtung dieser beiden politischen Handlungsfelder und der Erörterung des Abstimmungsbedarfes hinsichtlich ihrer weiteren Perspektiven.

Informationen und Anmeldung: <mailto:Andreas.Dally@evlka.de>, <http://www.loccum.de>

12. FÖS: IN EIGENER SACHE

Englische Homepage

Neben der deutschen Homepage <http://www.foes-ev.de> hat der FÖS nun auch eine englische. Sie finden die Homepage unter <http://www.eco-tax.info>. Sie wird noch weiter ausgebaut, enthält aber schon jetzt die wichtigsten Informationen zur Ökosteuer und natürlich zum FÖS.

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).